

Rededuell im Deutschen Bundestag

Souveräner Kanzler, Schröder farblos

„Souverän“ beherrschte Bundeskanzler Helmut Kohl „den rhetorischen Schlagabtausch“ in der Haushaltsdebatte am 3. September, während sich SPD-Kandidat Schröder „offenkundig schwer tat“. Neue Zürcher Zeitung: „Weder vom Stil noch vom Inhalt her hatte er Gleiches zu bieten.“

Helmut Kohl „spielt in einer ganz anderen Liga als der Niedersachse“ – so drückt auch die Bonner Rundschau den auffälligen Unterschied zwischen Bundeskanzler und seinem Herausforderer aus und stellt für Schröder fest: „Staatsmännisch verkrampft steht der sonst so unterhaltsame Kandidat vor dem Deutschen Bundestag. Dies ist wirklich nicht sein Forum.“

Abrechnung mit Rot-Grün

Helmut Kohl bei allen Themen Herr im Ring: 79 Minuten Erfolgsbilanz, Zukunftsprogramm und Abrechnung mit Rot-Grün.

Der Kanzler unterstreicht: „Der Aufbau Ost hat Priorität. Das ist gelebte Solidarität in Deutschland.“

Schröder dagegen damals zu den Bürgern in den neuen Bundesländern: „Wer später kommt, muß sich hinten anstellen!“

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Arbeitsplätze

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Unternehmen stellen wieder Arbeitskräfte ein. Seite 3

Bernhard Jagoda: Die Trendwende ist da. Seite 5

● Haushalt 1999

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Zehn Mrd. DM Nettoentlastung für alle Steuerzahler. Seite 22

Wolfgang Schäuble: Unser Weg für die kommenden Jahre ist klar. Seite 31

● Bundeskongreß

Nur mit der Union gibt es für den Mittelstand den sicheren Sprung ins nächste Jahrtausend. Seite 49

● Wahlkampf

Endspurt: Woran Sie in den letzten beiden Wochen noch denken müssen. Seite 57

● Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Sprechen wir darüber, was war, was ist und was wir für die Zukunft tun wollen. Die große Debatte vor der Bundestagswahl. Grüner Teil

Sie werden wieder in der Opposition sein

"Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts", sagte Bundeskanzler Helmut Kohl am Ende seiner Haushaltsrede, "und unsere Perspektiven für die Zukunft sind gut. Experimente bringen Gefahren mit sich. Wir werden deshalb unseren Weg weitergehen und den Leu-

ten deutlich machen, für welche Politik wir stehen. Wir stehen für Sicherheit. Risiko – das wäre die falsche Politik. Warten wir den 27. September ab. Ich habe keinen Zweifel: Sie, Herr Scharping, werden im nächsten Bundestag wieder die Opposition führen".

Helmut Kohl: „...auch die nächsten Jahre werden gute Jahre sein“

Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat recht: Die 16 Jahre, über die jetzt so oft gesprochen wird, waren gute Jahre. Und auch die nächsten Jahre – so Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags – werden gute Jahre sein.

Deshalb darf es keine Rücknahme unserer Reformen geben, wie es die SPD vorhat. Der Weg in die Zukunft kann nicht ohne Anstrengungen sein. Er darf aber auch nicht verbaut werden.

HAUSHALT 99

Bundestagsdebatte am 2./3. September

Unsere Erfolge können sich sehen lassen:

- Wir haben den Preisanstieg auf ein Minimum begrenzt.
- Der Aufschwung ist da: Wir rechnen mit 2,4 bis 2,9 % Wachstum.
- Wir haben eine deutliche Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erreicht. Bei 1,5 Mio freien Stellen werden schon wieder dringend Leute gesucht.
- Wir geben jede dritte Mark für soziale Leistungen aus. Von Sozialabbau kann keine Rede sein.

- Unsere Steuerreform steht. Die SPD wird erleben, wie ihr die Mitstreiter bei der Blockade von der Fahne gehen.
- Ausbildung wird künftig nicht mehr am Bedarf vorbei erfolgen. Helmut Kohl: "Eine Ausbildungsabgabe wird nicht kommen, weil (an die SPD) Sie auch nicht kommen werden."

Der Bundeskanzler überließ SPD, Grünen und PDS keinen Stich. Er ließ die Opposition ins Leere laufen und konkret:

Sicherheit statt Risiko für Deutschland!

Deshalb Richtungsentscheidung am 27. September zwischen

- Koalition der Mitte und
- Rot-Grün mit Hilfe der PDS.

Verständlich, daß in Zeiten großer Veränderungen auch die Welt außerhalb Deutschlands auf die schaut, die als Alternative zur Wahl stehen.

"Vertrauen ist ein kostbares außenpolitisches Kapital. Wir haben es in vielen Jahren erworben. Ich denke nicht daran, es aufs Spiel zu setzen", erklärte der Kanzler.

„Unser Rat ist gefragt!“

- bei unseren Nachbarn im Osten, vor allem bei dem mächtigsten, aber auch
- in Europa, das mit der nächsten EU-Ratspräsidentschaft vor wichtigen Weichenstellungen steht.

M
W
O
C
H
E
N
E
N
D
E

„Zur Wahl

stehen am 27. September: Gerhard Schröder, der Kandidat der SPD, und Helmut Kohl als Kandidat von CDU und CSU. Sie, Herr Fischer, stehen nicht zur Wahl." **Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte**

Was dagegen?

Bundeskanzler Helmut Kohl an die Adresse der SPD-Fraktion im Bundestag: "Haben Sie was dagegen, daß der deutsche Bundeskanzler zur Außenpolitik spricht? Wenn ja, dann zeigt das nur Ihre Provinzialität."

Verstummt

Helmut Kohl: "Daß wir ein gutes Stück vorangekommen sind, sagen inzwischen auch Sozialdemokraten. Die vorwurfsvolle Frage, wo denn nun die blühenden Landschaften sind, wird in dieser Debatte nicht mehr gestellt."

Schau gestohlen

Helmut Kohl an die Adresse von Oskar Lafontaine: "Glänzende Formulierungen, ja, die beherrschen Sie. Damit haben Sie auch einem anderen bereits die Schau gestohlen... Scharping denkt jetzt das gleiche wie ich."

Hundeversuch

"Das ist wie der Pawlowische Hundeversuch: Sie brauchen mich nur anzugucken, dann sind Sie schon dagegen. Wir machen hier aber keine Tiefenpsychologie, sondern Politik". (Helmut Kohl an die Adresse der Opposition)

Waigel: 10 Milliarden DM Netto-Entlastung für alle Steuerzahler

Eine erste spürbare Steuerentlastung soll schon zum 1. Januar 1999 wirksam werden. Damit stärken wir vor allem die inländische Wirtschaftsentwicklung.

Vorrangig sind die folgenden Elemente:

- Der Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne sollen von 47 bzw. 45 % auf 40 %, der Körperschaft-

steuersatz für ausgeschüttete Gewinne von 30 auf 28 % gesenkt werden.

- Der Eingangsteuersatz in der Lohn- und Einkommensteuer soll von derzeit knapp 26 % auf nahe 20 % und der Höchststeuersatz von derzeit 53 % auf 47 bis 48 % reduziert werden.

Das gesamte Bruttoentlastungsvolumen von gut 20 Mrd. DM wollen wir zu Hälfte

durch das Schließen von Steuerlupflöchern und durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gegenfinanzieren.

Damit verbleibt eine echte Nettoentlastung von rd. 10 Mrd. DM, die allen Steuerzahlern – Privaten und Betrieben – zugute kommt.

Theo Waigel in der Haushaltsdebatte

Bundeskanzler Helmut Kohl

Die Unternehmen stellen wieder Arbeitskräfte ein

Zur aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Gegenüber Juli ist die Zahl der Arbeitslosen im August um rund 39.000 auf 4,095 Mio. gesunken. Das sind rund 730.000 weniger als im Januar dieses Jahres und fast 280.000 weniger als im August 1997. Der Abstand zum Vorjahr nimmt von Monat zu Monat zu. Umgekehrt zur Abnahme der Arbeitslosigkeit steigt die Zahl der Erwerbstätigen erneut an. Seit März ist sie um knapp 90.000 gestiegen.

In den alten Bundesländern haben wir im achten Monat hintereinander weniger Arbeitslose als im Vorjahresmonat, in ganz Deutschland seit dem vierten Monat und in den neuen Bundesländern seit dem dritten Monat. Damit ist

die Trendwende nach der eigenen Definition der Bundesanstalt für Arbeit erreicht. Die positive Entwicklung hat sich gefestigt. In manchen Branchen gibt es schon einen Mangel an Fachkräften.

Ich gehe davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Monat unter 4 Mio. liegen wird und wir – aufs ganze Jahr gerechnet – weniger Arbeitslose haben werden als 1997.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Reformpolitik der Bundesregierung greift und die Unternehmen wieder Arbeitskräfte einstellen. Wer in dieser Situation wie die SPD eine Rücknahme von Reformen ankündigt, gefährdet den Aufschwung und zerstört die Zukunftschancen der Menschen. Eine solche Politik ist weder sozial noch gerecht.

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundeskanzler im Bundestag dazu: „Ich würde mich schämen für einen solchen Satz!“

Helmut Kohl direkt an die SPD: „Wir haben beim Fall der Mauer keine Patentrezepte gehabt. Aber wir haben versucht, das Beste zu machen und haben uns nicht in die Büsche gedrückt.“

Schröder, durch abbröckelnde Umfrageergebnisse belastet, als er ans Rednerpult tritt: ganz offensichtlich ohne Chancen am Ende seiner Rede bei Wählerinnen und Wählern, die noch unentschlossen sind.

So sieht es die Bonner Rundschau: „Natürlich hat auch Schröder mitbekommen, daß

sein Kurs, sich auf möglichst wenig festzulegen, allmählich Zustimmung beim unworbenen Wahlvolk kostet. Aber wirklich konkret wird er auch diesmal nicht.“

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über Schröders Auftritt im Bundestag:

- „demagogische Neidrede“,
- „Zerrbild der Wirklichkeit“,
- „schlimme Verhetzung der Menschen“.

Stehender Applaus, als Helmut Kohl nach einer Stunde und 19 Minuten mit einem Schmunzeln in Richtung SPD mit den Worten endet: „Warten wir es ab bis zum Wahlabend. Herr Scharping wird wieder die Opposition führen. Das ist die gute alte Ordnung.“

Durchbruch am Arbeitsmarkt

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Monat August erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstands, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im August 1998 zeigt klar: Der Durchbruch am Arbeitsmarkt ist erreicht. Wer dies nicht wahrhaben will, muß „rot-grüne Tomaten auf den Augen“ haben. In den letzten sechs Monaten ist die Arbeitslosigkeit um rd. 724.000 zurückgegangen. Bereits im September wird die 4-Millionen-Grenze unterschritten werden.

Deshalb muß unser Modernisierungskurs für den Standort Deutschland konsequent fortgesetzt werden: Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern von Steuern und Abgaben sowie weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind das wirtschaftspolitische Gebot der Stunde. Schröder und Lafontaine wollen genau das Gegenteil, und Herr Stollmann findet nicht mehr statt. Sie liefern – zusammen mit Grünen und PDS – den Stoff für wirtschaftspolitische Alpträume mit verheerenden Folgen für den Arbeitsmarkt.

Wer in der Prognose der Arbeitsmarktentwicklung so daneben gelegen hat wie die SPD und ihre Wahlhelfer vom DGB, der ist entweder inkompetent oder will bewußt den Wirtschaftsaufschwung aus Wahlkampfgründen kaputtreden.

Im August 1998 waren 4,095 Mio. Menschen in Deutschland arbeitslos. Damit ist die Arbeitslosenquote in Gesamtdeutschland binnen Jahresfrist von 11,4 % auf 10,6 % gesunken.

In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit nunmehr im achten Monat niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat, in den neuen Bundesländern im dritten Monat. Damit ist auch in Ostdeutschland nach der

Definition der Bundesanstalt für Arbeit die Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht.

Der neue Schwung am Arbeitsmarkt ist von Dauer und hat eine solide Basis. Die Arbeitsmarktentwicklung ist in Sommermonaten aus saisonalen Gründen stets besonders schwierig. Dennoch ist die Zahl der Arbeitslosen im August 1998 absolut um 39.000 gegenüber Juli 1998 gesunken und liegt um 277.000 unter dem Vorjahresmonat.

Peter Hintze: Ein Erfolg unserer Reformen

Generalsekretär Peter Hintze hat die im August gesunkene Arbeitslosigkeit als Beleg für den Erfolg der Reformpolitik der Bundesregierung gewertet.

Diese Politik sowie das Engagement der Unternehmen und die Tarifpolitik seien die „Quelle“ für den Aufschwung und damit für die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt

Hintze betonte, nunmehr gehe die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat im Westen seit acht und im Osten seit drei Monaten zurück. Damit sei nach allen denkbaren Kriterien eine „echte und stabile Trendwende“ zum Positiven auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Auch die sinkende Kurzarbeit, die Zunahme der Zahl offener Stellen und der Anstieg der Vermittlungen seien wichtige Indikatoren für eine wachsende wirtschaftliche Stärke. SPD und Grüne seien klar gescheitert mit ihrer „Miesmacherei“ über die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Hintze fügte hinzu, er rechne „mit Sicherheit“ damit, daß die Zahl der Arbeitslosen im September unter die Marke von vier Millionen sinken werde. Dies sei ein

Rüdiger Pohl sieht Trendwende

Der Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Rüdiger Pohl, sieht angesichts der erneut gesunkenen Arbeitslosenzahlen eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Der Rückgang sei keine „Zwischenentwicklung“, sagte Pohl am 8. September im ZDF-Morgenmagazin. Dahinter stecke eine „konjunkturelle Entwicklung“.

Er habe den Eindruck, „daß sich die Wirtschaft in Deutschland beschleunigt, insbesondere auch von der Binnennachfrage getragen“. Dennoch werde man in einer Größenordnung von 3,5 bis vier Millionen Arbeitslosen bleiben.

Die Ertragsraten seien gut, die Lohnkosten und Zinsen niedrig, fügte Pohl hinzu. Das sei der Hintergrund für den Aufschwung, der auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen könne. Der Direktor wies den Vorwurf der Opposition zurück, die Bundesregierung manipulierte mit der Erhöhung der ABM-Stellen den Arbeitsmarkt. Man könne zwar „Kosmetik“ betreiben, indem man die ABM-Stellen um 10.000, 20.000 oder 30.000 ausdehne.

Damit könne man aber keine Trendwende herbeiführen. „Denn da geht es ja um ganz andere Größenordnungen.“ Trendentwicklungen am Arbeitsmarkt kämen vielmehr von der Konjunktur.

„schöner Erfolg“. Die Union werde sich bemühen, den noch immer arbeitslosen Menschen eine berufliche Chance zu eröffnen. Dagegen würde ein Zurückdrehen der Reformen „Deutschland schwer zurückwerfen“ und den Aufschwung zum Erliegen bringen, warnte Hintze.

Wolfgang Schäuble: Trendwende in Ost und West

Die neuesten Zahlen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit beweisen nach Ansicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble, daß die Trendwende in Ost und West erreicht ist.

„Dies ist eine klare Entwicklung zum Positiven, zumal auch die Zahl der Vermittlungen am Arbeitsmarkt deutlich zugenommen hat“, sagte Schäuble. Überzeugt ist Schäuble auch, daß bis zum Jahresende die Zahl der Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz, nach den neue-

sten Veröffentlichungen sind das etwa 150.000 Betroffene, abgebaut werden kann. „Wir sind optimistisch, daß das bis Ende dieses Jahres in den Griff zu bekommen ist“, sagte der Fraktionschef.

Bernhard Jagoda: Die Trendwende ist da

Knapp drei Wochen vor der Bundestagswahl sprach Bernhard Jagoda erstmals von einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.

„Auch wir sprechen ab dem heutigen Tag von einer Trendwende“, sagte er bei der Bekanntgabe der Arbeitsmarktdaten für August.

Er sei „ziemlich sicher“, daß im September und im Oktober die Marke von vier Millionen Arbeitslosen unterschritten werde, betonte der Präsident der Bundesanstalt. Voraussetzung sei aber, daß die Arbeitsmarktpolitik im bisherigen Umfang aufrechterhalten werde.

Insgesamt stehen dafür in diesem Jahr 35 Milliarden Mark zur Verfügung. 1999 könne die durchschnittliche Arbeitslosigkeit um 200.000 bis 300.000 niedriger liegen als in diesem Jahr.

Joachim Hörster: Gute Nachricht aus Nürnberg

Wieder eine gute Nachricht: Die Arbeitslosenzahlen sinken. Im August ist die Zahl der Erwerbslosen um 39.000 auf nunmehr 4.095.000 gesunken.

Damit ist die Trendwende – nach der Definition der Bundesanstalt für Arbeit – auch für die neuen Bundesländer erreicht. Dort ist nun die Arbeitslosenquote auch im dritten Monat in Folge gesunken.

Damit werden wir in ganz Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit im nächsten Monat bei der Arbeitslosigkeit eine Drei vor dem Komma haben. Einen besseren Beweis für die erfolgreiche Politik der Regierung Kohl gibt es nicht. Die Reformanstrengungen der Koalition der vergangenen Jahre haben sich gelohnt. Deutschland kann jetzt keine rot-grünen Experimente à la Schröder und Fischer gebrauchen. Es geht um Deutschlands Zukunft.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Was wir jetzt brauchen, ist die Fortsetzung der Reformpolitik der Koaliti-

on und vor allem die große Steuerreform mit Entlastungen für alle. Damit stellen wir die Weichen für die Schaffung Hunderttausender neuer Arbeitsplätze.

Pressestimmen

Trendumkehr

Noch in diesem Monat wird wohl die Zahl der Arbeitslose wieder unter die Vier-Millionen-Marke sinken. Nun kann tatsächlich von einer Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Das gilt auch nach dem soliden Maßstab der Bundesanstalt für Arbeit, wonach die Zahlen drei Monate in Folge unter den Vorjahresstand sinken müssen, um die Trendwende zu markieren.

Als deren Präsident Jagoda einst diese Meßlatte vorgab, akzeptierte sie auch die SPD. Da schien das Ziel nahezu unerreichbar, inzwischen ist es verwirklicht.

Rheinische Post

Es geht aufwärts

Man mag es drehen und wenden: Am Arbeitsmarkt geht es kontinuierlich aufwärts. Zwar ist der Fortschritt eine Schnecke. Doch angesichts der Durststrecke in den vergangenen Jahren verstärken die sinkenden Erwerbslosenzahlen der letzten Monate die berechtigte Hoffnung, daß sich die Lage weiter entspannen wird.

Stuttgarter Nachrichten

Mittelstand sucht auch ungelernte Arbeitskräfte

Der deutsche Mittelstand hat offenkundig noch einen großen Bedarf an Arbeitskräften. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Unternehmensbefragung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz, die von IHK-Hauptgeschäftsführer Hans-Jürgen Podzun gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Bonn vorgestellt worden ist. Demzufolge suchen die 3.000 befragten mittelständischen Unternehmen im Kammerbezirk zu 53 Prozent Fachkräfte und zu 17 Prozent Spezialkräfte. 30 Prozent aller Firmen benötigen den Angaben zufolge ungelernte Kräfte - im technischen Bereich seien es sogar 60 Prozent.

Ausländische Investitionen:**Einen höheren Halbjahreswert hat es seit den 50er Jahren nicht gegeben****Ausländische Investoren engagieren sich wieder verstärkt am Standort Deutschland.**

Wie das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn mitteilte, stiegen die ausländischen Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1998 auf 14,3 Milliarden Mark. Im ersten Halbjahr 1997 war noch ein Minuswert ausgewiesen worden, so daß der Nettozuwachs rund 15 Milliarden Mark beträgt. Einen höheren Halbjahreswert habe es seit Beginn

der Erfassung in den 50er Jahren nicht gegeben. Das Zwischenergebnis lasse auch für das ganze Jahr 1998 einen neuen Rekordwert erwarten.

Der Zufluß ausländischen Investitionskapitals stamme zu 90 Prozent aus EU-Ländern. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) floß in Beteiligungsgesellschaften. Weitere Hauptanlagebranchen waren das Kreditgewerbe (28 Prozent) und der Bereich Telekommunikation (16 Prozent).

2,9 Prozent Wachstum

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im ersten Halbjahr 1998 im Vergleich zum Vorjahr real um 2,9 Prozent zugelegt. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.

Das ist ein Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt. Wer dies nicht wahrhaben will, muß rot-grüne Tomaten auf den Augen haben.

**Bundesverkehrsminister
Matthias Wissmann**

Bundesaufträge an Ostdeutschland

Der Bund hat im vergangenen Jahr Aufträge im Wert von 9,6 Milliarden Mark an Unternehmen in den neuen Ländern vergeben. Angaben zufolge wurden 1997 insgesamt 19,21 Prozent aller öffentlichen Bundesaufträge an Ost-Firmen vergeben. Von den Aufträgen des Kanzleramts gingen sogar 34,91 Prozent mit einem Wert von 369 Millionen Mark in die neuen Länder. Die Deutsche Bahn AG vergab Aufträge im Wert von 4,8 Milliarden Mark an östliche Auftragnehmer.

Investitionsrückgang bei Wahlsieg von Rot-Grün

Nach Ansicht der US-Handelskammer würde eine rot-grüne Koalition nach der Bundestagswahl den Investitionsstandort Deutschland gefährden. Wie der Vorsitzende der American Chamber of Commerce in Germany (ACC), Fred Irwin, in Frankfurt mitteilte, wäre bei einer Regierungsübernahme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Rückgang US-amerikanischer Investitionen in Deutschland zu befürchten. Grund dafür sei vor allem die Ankündigung der SPD, Steuer- und Sozialgesetze der jetzigen Regierung zurückzunehmen.

Es darf nicht zu einer Rolle rückwärts kommen

– Auszüge aus Reden anlässlich der Einbringung des Haushaltes 1999 im Deutschen Bundestag –

Außenpolitik

Helmut Kohl: Wir alle können stolz darauf sein, daß Deutschland heute ein ruhender Pol in der Völkergemeinschaft und eines der einflußreichsten Länder in der westlichen Welt ist. . . Es ist wahr, daß die Zeit, für die ich Verantwortung trage, etwas länger ist, daß die weltpolitischen Veränderungen etwas dramatischer waren und daß deswegen viele darauf schauen, was die Bundesregierung heute tut und für welche Politik sie steht. Es ist doch verständlich, daß die Welt auf diejenigen schaut, die als Alternative auftreten. Es ist doch verständlich, daß die Welt sagt: „Um Gottes willen, was steht uns da ins Haus“, wenn ein Schattenaußenminister genannt wird, über den jeder in der Welt den Kopf schüttelt. . . Das Vertrauen, das Deutschland genießt, ist ein kostbares außenpolitisches Kapital. Wir haben es in Jahrzehnten hart erarbeitet. Um es klar zu sagen: Ich denke nicht daran, es aufs Spiel zu setzen.

Wirtschaft/Arbeit

Theo Waigel: Deutschland steht mitten im Aufschwung! Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Das ist das Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Koalition von CDU/CSU und FDP. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen wir jetzt klaren Kurs halten und die Politik für mehr Beschäftigung am Standort Deutschland entschlossen fortsetzen.

Das bedeutet weniger Staat und Bürokratie, mehr Markt und Eigenverantwortung, eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Rückführung der öffentlichen Defizite, eine schlanke kostengünstige und bürgerfreundliche Verwaltung, weiter sinkende Lohnnebenkosten – Arbeit muß sich für jeden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, lohnen – und eine große Steuerreform. Innovationen, Investitionen, unternehmerisches Risiko, persönlicher Einsatz und harte Arbeit müssen belohnt werden.

Kurt Biedenkopf: Zur Wirklichkeit in Deutschland gehört auch der Blick auf die Schattenwirtschaft. Die Deutsche Bundesbank hat festgestellt, daß die Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft inzwischen auf 560 Milliarden DM angestiegen ist. Diese Wertschöpfung entspricht der Arbeit von 6 Millionen abhängig Beschäftigten in der gleichen Zusammensetzung wie bei den gesamten Beschäftigten in Deutschland.

Heiner Geißler: 10,7 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Aber über die Hälfte dieser jungen Leute bekommt innerhalb von sechs Monaten einen Arbeitsplatz und 90 Prozent dieser Leute während eines Dreivierteljahres. Übrig bleiben 10 Prozent; das sind die 45 000, um die wir uns kümmern müssen. Die anderen bekommen einen Job. Dafür machen wir unsere Vorschläge: Kombi-lohn. Dafür haben wir das Quas-Programm, das der Bundesarbeitsminister zu-

sammen mit dem Hamburger Senat realisiert hat. Das sind die richtigen Maßnahmen.

Kurt Biedenkopf: Ein Drittel der registrierten Arbeitslosen in Deutschland ist weniger als drei Monate arbeitslos. Diese Menschen finden innerhalb von drei Monaten eine neue Tätigkeit. Darin drückt sich nicht ein soziales Elend aus, sondern die Folge einer ungewöhnlich dynamischen Wirtschaft. Für die Überwindung der Arbeitslosigkeit dieses Drittels sollten wir keine öffentlichen Mittel einsetzen, sondern wir sollten allenfalls durch eine richtige Wirtschaftspolitik die Entstehung neuer Unternehmen beschleunigen, damit die Frist nicht drei Monate, sondern nur zwei Monate beträgt.

Norbert Blüm: Und nun lese ich von Wolfgang Clement: wir, die Länder, haben heute mehr Einfluß auf den Standort vor Ort als der Bund. – Wo er recht hat, hat er recht. Bayern 6,4 Prozent Arbeitslose, Baden-Württemberg 6,8 Prozent, Nordrhein-Westfalen 10,5 Prozent, Niedersachsen 10,8 Prozent, Saarland 11,3 Prozent.

In Westdeutschland insgesamt ist die Arbeitslosigkeit von Juli 1997 bis Juli 1998 um 5,7 Prozent zurückgegangen, aufgeschlüsselt auf einzelne Länder: in Nordrhein-Westfalen nur um 4,8 Prozent, in Niedersachsen um 10,8 Prozent und in Bayern um 8,4 Prozent.

Wenn Westdeutschland die Arbeitslosenquote von Bayern hätte, dann hätten wir 829.000 – fast 1 Million – weniger Arbeitslose. Wenn Westdeutschland soviel Arbeitslose wie Niedersachsen hätte, dann hätten wir 538.000 Arbeitslose mehr.

Wolfgang Schäuble: Wenn es die Allgemeinheit bezahlt, daß ich nicht arbeiten muß, wenn es mir zu kalt ist, dann ist es mir ziemlich schnell kalt. Deswegen hatten wir in Deutschland längere Schlechtwetterperioden als in Schweden,

obwohl es in Schweden kälter sein soll. Von daher ist die Regelung richtig, daß die Bundesanstalt einen Zuschuß bezahlt, aber die Bauwirtschaft einen Teil selber tragen muß. Auf die Weise überlegt sie, wie sie das erwirtschaften und trotzdem wettbewerbsfähig bleiben kann. So sind die Lohnzusatzkosten in der Bauwirtschaft gesenkt worden. So schafft man Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze. Das ist unser Weg. Wir sind auf dem richtigen Weg; er muß weitergegangen werden. Es darf nicht zur Rolle rückwärts kommen.

Preisstabilität

Theo Waigel: In Deutschland herrscht Preisstabilität. Im Juli betrug der Preisanstieg nur noch 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das ist der niedrigste Wert seit der Berechnung gesamtdeutscher Indizes im Jahre 1991. Ein Prozent weniger Inflation bedeutet 18 Milliarden DM mehr Kaufkraft für die Menschen in unserem Land. Eine niedrige Inflation liefert einen größeren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit als eine schulden- oder steuertreibende Umverteilungspolitik.

Heiner Geißler: Sie hatten damals eine Inflationsrate von 5,5 Prozent, für die einfache Lebenshaltung eines Kindes von 7,3 Prozent, Herr Dreßler. 1 Prozent Inflation zog den Leuten damals 18 Milliarden DM aus der Tasche. Die Inflation tobt sich auf dem Rücken der kleinen Leute, der Rentnerinnen und Rentner und der Familien mit Kindern aus.

Helmut Kohl: Die Preise sind stabil. Es gibt keinen Preisanstieg. Die Inflationsrate liegt bei 0,7, 0,8 Prozent. 1982 lag sie bei 5,3 Prozent. Wir haben diesen Rückgang erreicht, obwohl wir viele ökonomische Herausforderungen angehen mußten und zum größten Teil gemeistert haben. Das ist ein super Ergebnis, was wir

hier erreicht haben. Es ist auch die beste Sozialpolitik. Als Antwort auf Ihre Rede von gestern, Herr Ministerpräsident Lafontaine: Sie haben mit Recht den Binnenkonsum angesprochen. Aber dann müssen Sie doch sagen, es ist phantastisch, was wir hier machen: 1 Prozent weniger Inflation bedeutet rund 20 Milliarden DM mehr Kaufkraft. Zu Beginn meiner Amtszeit lag die Inflationsrate bei 5 Prozent. Jetzt rechnen Sie das Ganze doch einmal zusammen. Sie können mit keiner Steuerreform der Welt erreichen, was wir hier mit sicheren Preisen und einer stabilen Währung geschafft haben ... Wir sind auch beim Arbeitsmarkt auf dem richtigen Weg. Im Januar hieß es: Es wird 5 Millionen Arbeitslose geben. Sie hatten daran schon Ihre Freude ... Und dann ist diese Prognose zusammengebrochen. Was haben wir jetzt? – Knapp über 4 Millionen. Wir haben eine deutliche Trendwende, auch im Vergleich zum vergangenen Jahr. Die 4 Millionen Arbeitslosen sind viel zu viel. Im nächsten Monat werden es unter 4 Millionen sein. Im Jahresschnitt wird die Zahl aber über 4 Millionen liegen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß wir über 1,5 Millionen freie Stellen haben und dringend Leute gesucht werden. Deswegen ist es doch so wichtig, daß jetzt keine Ausbildungsabgabe eingeführt wird und daß wir vielleicht nach der Wahl – jetzt ist es unmöglich – zu einem vernünftigen Gespräch zusammenkommen: Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Sozialpolitik

Helmut Kohl: Kein Mensch in Deutschland schafft die soziale Ordnung ab oder kippt den Sozialstaat. Das ist doch alles dummes Zeug. Wir zahlen in Deutschland jährlich 12.500 DM pro Kopf an Sozialleistungen. In Großbritannien sind es 7.500 DM, in Frankreich 11.500 DM und in Italien 6.700 DM: Das

ist der zusammengebrochene deutsche Sozialstaat! Wir geben jede dritte Mark für Sozialleistungen aus. Aber die Frage ist doch berechtigt, ob wirklich jede Mark, die wir ausgeben, auch dort hinkommt, wo sie hin soll, oder ob sich nicht auch Trittbrettfahrer in den Besitz des Geldes bringen.

Horst Seehofer: Der niedersächsische Ministerpräsident versteht von Sozialpolitik so viel wie eine Schildkröte vom Stabhochsprung.

Die Sozialhilfe ist kein Maßstab für die Armut in unserem Lande, sondern Ausdruck eines hochwertigen Sozialstaates.

Wenn ein Drittel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung von jeder Zuzahlung bei Arznei- und Heilmitteln völlig befreit ist und darüber hinaus noch einmal 300.000 Menschen teilweise befreit sind, dann ist das Ausdruck einer sozialen Verantwortung, die wir bei der Verabschiedung dieses Gesundheitsstrukturgesetzes gepflegt haben.

Familienpolitik

Claudia Nolte: Viel reden, schlecht handeln – so könnte man die Regierungspolitik der SPD in den Ländern umschreiben. Wer noch ein Beispiel braucht: In Niedersachsen wurde die Förderung familienbezogener Maßnahmen gekürzt. Es reicht eben nicht aus, wenn nur im Bund Familienpolitik betrieben wird. Gerade weil Familienpolitik Querschnittsaufgabe ist, weil sie alle Bereiche betrifft, muß sie in Kommunen und Ländern ebenso verantwortungsvoll wahrgenommen werden. Alle tragen Verantwortung für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Wolfgang Schäuble: Deswegen ist es grundfalsch, wenn Sie in einer Bilanz der vergangenen 16 Jahre verschweigen, daß die Familienpolitik in Deutschland in der

Regierungszeit Helmut Kohls und unserer Koalition der Mitte auf eine neue, moderne, zukunftsfrüchtige Grundlage gestellt worden ist. Wir haben die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung eingeführt. Wir haben Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld eingeführt. Und in den Ländern, in denen CDU oder CSU regieren, gibt es das Landeserziehungsgeld, während es das in denen, wo die SPD regiert, nicht gibt. Das zeigt: Wir stehen für Familie und Wertorientierung – und Sie eben nicht. An diesen Unterschied muß man denken. Das ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Rentenpolitik

Helmut Kohl: Wir haben damals eine politische Entscheidung getroffen, die Sie mühsam nachvollzogen haben und die zum Beispiel zu folgendem Ergebnis geführt hat: Ein Rentner mit über 40 Versicherungsjahren, der in der damaligen DDR 470 bis 550 Ostmark bekam, hat heute eine Rente von 1.700 DM.

Wolfgang Schäuble: Die Last der steigenden Lebenserwartung kann, wenn die Rente sicher bleiben soll, nicht mehr ausschließlich von den zukünftigen Beitragszahlern getragen werden; sie muß vielmehr häufiger verteilt werden. Dadurch sinken die Renten nicht. Sie steigen auch in Zukunft, aber langsamer als in der Vergangenheit. Mit Ihrer Debatte um das Niveau täuschen Sie die Menschen. Sie reden ihnen ein, daß die Renten sinken. Die allermeisten älteren Mitbürger aber sagen: Wenn die Rente sicher bleibt und die Währung so stabil, wie sie es mit Helmut Kohl und Theo Waigel in Deutschland geworden ist, dann akzeptieren wir, daß die Renten in Zukunft langsamer steigen. Das ist soziale Sicherheit; und dazu gibt es keine Alternative.

Norbert Blüm: Sie wollen die Reformen zurücknehmen – das bedeutet eine Mehrbelastung bis 2030 von 500 Milliarden DM, dynamisiert 1 Billion DM. Gleichzeitig wollen Sie die Beiträge senken. Das ist eine Beleidigung der Wähler, weil Sie sie für so dumm halten, Ihnen zu glauben, man könne mehr Ausgaben mit weniger Einnahmen bezahlen.

Für eine Mutter, deren drei Kinder nach 1992 geboren wurden, bedeutet die jetzt beschlossene Verbesserung eine jährliche Rentenerhöhung von 1.296 DM. Das übertrifft alle Niveauabsenkungen.

Innere Sicherheit

Manfred Kanther: Über 3.000 Stellen sind beim Bundesgrenzschutz dazugekommen, um unsere Grenzsicherheit gegen Kriminalität und illegalen Zugang zu stärken. Diejenigen Länder, die von der CDU, der CSU oder einer Koalition von CDU und FDP regiert werden – Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg – haben gleichfalls über 3.000 neue Polizeistellen geschaffen. Die fünf sozialdemokratisch regierten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Hessen, und Saarland haben in den gleichen fünf Jahren 1.083 Polizeistellen gestrichen. Herr Schröder, der vor der Hamburger Bürgerschaftswahl, auch jetzt wieder und immer dann, wenn es ihm passend erscheint, die größten Sprüche in bezug auf innere Sicherheit klopft, hat seit 1992, in sechs Jahren, 642 Planstellen bei der Polizei gestrichen. Mehr Sicherheit mit weniger Polizei – ein sonderbares Rezept.

Lohnfortzahlung

Wolfgang Schäuble: Wir haben lediglich gesagt, der Gesetzgeber bestimmt nicht, daß die Lohnfortzahlung bei 100

Weiterer Rückgang bei den Verkehrstoten

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zu den aktuellen Zahlen der Straßenverkehrsunfallstatistik:

Der gute Trend ist ungebrochen. Im Vergleich zu 1979, seitdem Monatsergebnisse zur Unfallstatistik vorliegen, hat sich die Zahl der Verkehrstoten im Monat Mai exakt halbiert, von 1421 im Mai 1979 auf 710 im Mai 1998. Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle sank im Vergleich zum Mai des Vorjahres um 1,3%.

Dies ist bei aller Tragik im jeweiligen Einzelfall eine überaus positive Entwicklung. Trotz anhaltenden Verkehrszuwachses ist der Trend bei den Straßenverkehrsunfällen konstant

rückläufig. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – 0,5-Promille-Regelung, Atemalkoholanalyse, Drogenverbot, Anpassung des Bußgeldkatalogs etc. – die gute Verkehrssicherheitsarbeit und die erheblichen Verbesserungen des Insassenschutzes bei neuen Pkw bringen den Erfolg.

Kinder sind die schwächsten Partner im Straßenverkehr und brauchen besondere Aufmerksamkeit. Mit Schulbeginn appelliere ich an die Eltern der Schulneulinge: Üben Sie mit Ihren Kindern den Schulweg, erkunden Sie gemeinsam den sichersten Weg! Und mein Appell an die Autofahrer: Fahren Sie jetzt im Bereich von Schulen und erkennbaren Schulwegen besonders rücksichtsvoll!

Prozent liegen muß; vielmehr müssen es 80 Prozent sein. Die Tarifparteien können zwar mehr vereinbaren, aber sie müssen dann auch vereinbaren, daß diese Regelung wirtschaftlich tragbar bleibt. Das System hat funktioniert. Diejenigen, die 100 Prozent Lohnfortzahlung vereinbart haben, haben in denselben Tarifverträgen an anderer Stelle Einsparungen vereinbart, die die Lohnzusatzkosten um 20 Milliarden DM gesenkt haben. So senkt man Lohnzusatzkosten, und so schafft man Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze.

Steuerpolitik

Theo Waigel: Das sogenannte Steuerprogramm der SPD ist reiner Populismus. Es verspricht der Durchschnittsfamilie eine steuerliche Entlastung um

jährlich 2.500 DM. Diese Größenordnung hätten wir mit dem Steuerreformgesetz schon längst erreicht. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttojahresverdienst von 70.000 DM wäre schon heute um diese Summe entlastet. Die SPD windet sich, wenn es um die Details und die Finanzierung geht.

Darüber schweigt sie sich weiterhin beharrlich aus. Nur, das Spiel ist leicht zu durchschauen: Allen wird alles versprochen. Das Motto lautet: Bloß nicht konkret werden. Immer wenn der SPD-Kanzlerkandidat konkret wurde, dann fiel er voll auf die Nase. Lafontaine ist für die Entlastung der niedrigen Einkommen zuständig, die Zeche dafür sollen die Unternehmen zahlen; Schröder ist für den Schmusekurs mit den Unternehmen zuständig, die zuvor von Lafontaine geschöpft worden sind.

Debatte im Bundestag

Klarer Sieg für Helmut Kohl

Der Kanzler hat Klartext geredet: Wirtschaftsaufschwung, Trendwende am Arbeitsmarkt, stabile Preise. Dieser Kanzler garantiert Sicherheit für Deutschland in einer Welt internationaler Turbulenzen. Man weiß, wo man dran ist.

Und Schröder? Der Kandidat hat viel geredet. Aber er hat nichts gesagt. Alles blieb unklar: Kein Konzept für die Wirtschaft. Worthülsen und Nebelbomben zum Thema Arbeitsmarkt. Völlige Ahnungslosigkeit in internationalen Fragen.

Und vor allem: Schröder hat gezeigt, daß er in Wirklichkeit ein Linker ist. Er weiß: Als Partner stehen nur die Grünen und die PDS zur Verfügung. Aber darüber schweigt er lieber. Schröder spaltet unser Land.

Deutschland braucht in den nächsten Jahren einen starken, erfahrenen Kanzler, der unser Land sicher an allen Klippen vorbeiführt.

Deutschland braucht Helmut Kohl und die CDU.

Sicherheit statt Risiko

CDU

Bundshaushalt 1999 sichert Vorrang für den Aufbau Ost

Zum Entwurf des Bundshaushalts 1999 erklärte der Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Paul Krüger:

Der Entwurf setzt weiterhin die Priorität auf den Aufbau Ost. Die Mittel in allen wichtigen Bereichen werden im notwendigen Umfang bereitgestellt. Der Willen der Regierung von Bundeskanzler Kohl, möglichst zielorientiert den Aufbau in den neuen Ländern zu vollenden, wird damit eindrucksvoll dokumentiert. Die ostdeutschen Abgeordneten begrüßen das deutliche Signal, daß die Bundesregierung die positive Entwicklung in den neuen Ländern auch in den nächsten Jahren mit allen Mitteln unterstützen wird. Diese Entwicklung wirkt sich auch zunehmend günstig auf den Arbeitsmarkt aus.

Die Ausgabentransfers in die neuen Länder werden in etwa die Größenordnung des laufenden Jahres mit 95 Mrd. DM erreichen. Hinzu kommen die Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs von rund 36 Mrd. DM und die steuerlichen Fördermaßnahmen. Die steuerliche Wirtschaftsförderung wird mit der im letzten Jahr beschlossenen Neuregelung ab 1999 noch stärker auf die Bedürfnisse der ostdeutschen Wirtschaft ausgerichtet und transparenter ausgestaltet. Die Festlegung der Förderkonditionen für einen Zeitraum bis 2004 sichert die notwendige Planungssicherheit für Investoren.

Insgesamt sind besonders hervorzuheben die hohen Ansätze bei Infrastrukturausbau, bei Wirtschaftsförderung, im Städtebau sowie beim Wohnungsbau.

Die für die neuen Länder besonders wichtige Arbeitsmarktförderung wird auch 1999 in gleicher Höhe fortgeführt wie 1997 und 1998.

Im einzelnen sind folgende Bereiche zu nennen:

- Ein Schwergewicht der Aufbauleistungen wird auf den Investitionen liegen. Deutlich über 40% der gesamten Investitionsausgaben im Haushalt 1999 gehen in die neuen Länder.
- Bei den Verkehrsinvestitionen in Höhe von 20 Mrd. DM geht 1999 sogar annähernd jede zweite Mark in die neuen Länder. Dabei ist nach wie vor die Finanzierung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wie z. B. der A 20 vorrangig.

Planungssicherheit für Investoren bis zum Jahr 2004

- Bei der regionalen Wirtschaftsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe Ost werden 1999 fast 2,6 Mrd. DM bereitgestellt. Dies sind rund 300 Mio. DM mehr als im alten Finanzplan vorgesehen.
- Als ergänzende Hilfen für den Abbau des infrastrukturellen Nachholbedarfs auch auf kommunaler Ebene werden bis 2004 nach dem Investitionsförderungsgesetz jährlich 6,6 Mrd. DM bereitgestellt.
- Bei der Städtebauförderung wird die Erneuerung der Bausubstanz in städtischen und ländlichen Bezirken wirkungsvoll unterstützt. Wie 1998 liegt der Verpflichtungsrahmen bei 520 Mio. DM. Die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau betragen rund 800 Mio. DM.

Helmut Kohl setzt positives Signal für die Fußballweltmeisterschaft 2006

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, und das Mitglied des Sportausschusses, Rolf Rau, Leipzig-Land, erklärten zu der Finanzzusage des Bundeskanzlers für die Stadien in Berlin und Leipzig:

Auf unseren Bundeskanzler ist Verlaß. Von Beginn an und mit ihm eigener Vehemenz hat der Kanzler die Bewerbung des Deutschen Fußballbundes um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 unterstützt. Seine Zusage, der Bund werde für die Stadien in Berlin und Leipzig jeweils 100 Millionen DM Investitionskosten bereitstellen, setzt den Deutschen Fußballbund in die Lage, auch Spielstätten in den neuen Ländern in die Bewerbung aufzunehmen. Damit hat die Be-

werbung des Deutschen Fußballbundes enormen Auftrieb erhalten. Es liegt nun an den Städten Berlin und Leipzig, schlüssige Konzepte vorzulegen, einen eigenen Beitrag zu leisten und weitere Investoren zu finden.

Der Sport weiß es genau:

Der Bundeskanzler hat stets ein offenes Ohr für seine Anliegen. Unter seiner Regierung ist Deutschland ein sportfreundliches Land geworden, in dem Leistung wieder Freude macht und anerkannt wird. Die Millionen Fußball-Fans werden es dem Bundeskanzler danken: Die Bewerbung des Deutschen Fußballbundes um die Fußballweltmeisterschaft 2006 hat durch die Initiative des Bundeskanzlers deutlich an Schwung gewonnen.

- Über das KfW-Modernisierungsprogramm wird 1999 fast 1,3 Mrd. DM an Zinszuschüssen aufgebracht werden. Damit entfaltet es eine vielfach höhere Investitionswirkung.

- Der Auf- und Ausbau von Pflegeeinrichtungen wird von 1995 bis 2002 insgesamt mit 6,4 Mrd. DM gefördert.

- Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums werden im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms Ost, für die Industrieforschung und für die Absatzförderung noch einmal rund 1,1 Mrd. DM bereitgestellt.

- Der Haushalt des Bundesforschungsministeriums wird auch 1999 für die neuen Länder das Niveau von 1998 in Höhe von 3,2 Mrd. DM erreichen. Die Mittel fließen in Lehrstellenprogramme, in den

Hochschulbereich, in die Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Förderung der Industrieforschung.

- Die soziale Abfederung der Wohnkosten wird durch das Wohngeld einschließlich der jetzt bis 2000 vollständig verlängerten Wohngeld-Sonderregelungen Ost sichergestellt. Allein der Bund gibt hierfür rund 680 Mio. DM aus.

- Für die Landwirtschaft sind im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ rund 700 Mio. DM vorgesehen; 1998 waren es noch 665 Mio. DM.

Das Volumen der agrarsozialen Sicherung in den neuen Ländern wird 1999 mit gut 400 Mio. DM wie in diesem Jahr liegen. ■

Meister der Halbwahrheiten

Schröder sagt: *Im Herbst 1982 gab es in Deutschland 1,8 Millionen Arbeitslose. Im Herbst 1998 gibt es 4,1 Millionen Arbeitslose.*

Die CDU entgegnet:

Wer die Arbeitslosenzahlen betrachtet, muß auch die zunehmende Zahl der Beschäftigten in den Blick nehmen. Außerdem gehört zur ehrlichen Bilanz die Differenzierung nach Bundesländern. Warum sind in den SPD-geführten Bundesländern sowohl im Westen als auch im Osten die Arbeitslosenquoten am höchsten? Der aktuelle Vergleich zwischen den SPD-geführten Ländern zeigt: Niedersachsen (Schröder) mit 10,7 Prozent, Saarland (Lafontaine) mit 11,2 Prozent und Nordrhein-Westfalen (Clement) mit 10,3 Prozent liegen über dem Durchschnitt der westdeutschen Arbeitslosenquote mit 9,0 Prozent. Die unionsgeführten Länder Bayern (Stoiber) und Baden-Württemberg (Teufel) liegen mit 6,9 Prozent und mit 6,6 Prozent deutlich darunter.

Arbeitslosenquote August 1998

Saarland	11,2 %
Niedersachsen	10,7 %
NRW	10,3 %
Westdeutschland	9,0 %
Baden-Württemberg	6,9 %
Bayern	6,6 %

Daten: Bundesanstalt für Arbeit, Juli 1998

Auch die SPD-regierten Bundesländer im Osten schneiden schlecht ab: Sachsen-Anhalt mit 19,6 Prozent, Brandenburg mit

16,3 Prozent gegenüber Thüringen mit 15,6 Prozent.

Die Daten zeigen gleichwohl deutlich: Der Modernisierungskurs der Koalition der Mitte greift. Dies zeigt auch die hohe Zahl der offenen Stellen: Im August 1998 gab es rund 1,3 Millionen offene Stellen, die Beschäftigungschancen eröffnen. Es bestehen gute Chancen, daß im Laufe des September die 4-Millionen-Grenze unterschritten wird.

Schröder sagt: *Während Ihrer Regierungszeit ist die Ausbildungsnot immer größer geworden, und Sie haben wenig getan, um diesen jungen Menschen eine Perspektive zu geben.*

Die CDU entgegnet:

Die Modernisierung der Berufsbilder, die verstärkte Beratung der Betriebe, die Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Bund an Unternehmen, die ausbilden, sowie die gezielte finanzielle Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern, sind wichtige Bausteine zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für alle. Hier hat die CDU-geführte Bundesregierung konsequent gehandelt - mit und nicht gegen die Betriebe, wie es die SPD mit ihrer verwaltungsaufwendigen Ausbildungsplatzabgabe plant. Deutschland hat europaweit mit die geringste Jugendarbeitslosigkeit.

Der aktuelle Vergleich in den Bundesländern zeigt: Die SPD-regierten Länder verhindern Chancen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, denn hier sind die Arbeitslosenquoten junger Menschen höher als im Durchschnitt.

Arbeitslosenquote August 1998	
Niedersachsen	13,2 %
NRW	12,8 %
Saarland	10,5 %
Baden-Württemberg	7,0 %
Bayern	6,6 %

Auch mit Hilfe des Kombilohnes kann jüngerer Arbeitslosen der Weg in den Arbeitsmarkt und damit in den Berufseinstieg ermöglicht werden. Die neuen Instrumente der Arbeitsförderung wie Trainingsmaßnahmen, Einarbeitungszuschüsse oder verschiedene Formen von Lohnkostenzuschüsse bieten ebenfalls Chancen. Ein weiterer Weg ist das Meister-Bafög, mit dem bis 1998 mehr als 60.000 junge Menschen gefördert werden.

Schröder sagt: *1980 trug der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer eine Gesamtbelastung von 38,6 Prozent. Im Jahre 1997 war die Abgabenbelastung auf 45,5 Prozent angestiegen. In der Regierungszeit der CDU bleiben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von jeder verdienten Mark kaum mehr als 50 Pfennig.*

Die CDU entgegnet:

Der Bürger wird heute geringfügig mehr belastet - aber er erhält deutlich mehr an staatlicher Leistung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die durchschnittliche Abgabenbelastung 40,1 Prozent im Jahr 1980; heute liegt sie bei 40,8 Prozent. Darin sind auch die Beiträge für die gesetzliche Pflegeversicherung enthalten, die die CDU 1994 durchgesetzt hat. 1980 mußten dagegen die Angehörigen (oder aber das Sozialamt) die Belastungen tragen, die sich aus Pflegebedürftigkeit ergaben.

Im Jahr 1980 lag die Inflationsrate bei 5,4 Prozent. Heute haben wir mit einer Steigerungsrate von unter einem Prozent praktisch Preisstabilität. Diese schleichende Geldentwertung der SPD-Regierung hat das reale Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stetig gemindert. Der Zinssatz für langfristige Anlagen betrug damals 8,6 Prozent; heute liegt er bei rund 5 Prozent. Das entlastet vor allem die Bezieher geringerer Einkommen, die ein Haus bauen oder eine Wohnung kaufen.

1980 wurden 474,1 Milliarden DM für Soziales ausgegeben. Im vergangenen Jahr waren es 1.256,1 Milliarden DM und damit jede dritte in Deutschland erwirtschaftete Mark. Alle großen Sozialgesetze wurden von der CDU gemacht: Kindergeld und Kinderfreibeträge, Wohnungsbau-gesetze, Kündigungsschutzgesetz, Mutterschutz, Sozialhilfegesetz, Wohngeld, Arbeitsförderungsgesetz. 1986 wurden Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eingeführt, 1990 das Kinder- und Jugendhilfegesetz verabschiedet, 1994 die Pflegeversicherung eingeführt. Die gesetzliche Krankenversicherung wurde reformiert, die Möglichkeit der Altersteilzeit geschaffen, das Entsendegesetz zum Schutz deutscher Arbeitnehmer verabschiedet, das System der Sozialhilfe und die Arbeitsförderung reformiert.

Schröder sagt: *In den letzten 16 Jahren ist die Staatsverschuldung um weit über eine Billion DM auf das Rekordniveau von 1,5 Billionen angewachsen.*

Die CDU entgegnet:

Schröder ist ein Meister der Halbwahrheiten. Es ist zutreffend, daß die Verschuldung seit 1982 um rund 1.500 Milliarden DM angestiegen ist. Es wäre aber fair gewesen, die Erblasten aus der vierzigjähri-

gen sozialistischen Mißwirtschaft in der DDR herauszurechnen.

Gerhard Schröder verschweigt wichtige Fakten: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt die Gesamtverschuldung des Staates – ohne die sozialistischen Erblasten – heute mit rund 46 Prozent nur um 3 Prozentpunkte über dem Wert von 1990 und auch nur 6 Prozentpunkte über dem Wert von 1983. Unter der SPD-geführten Bundesregierung ist die Staatsverschuldung dagegen von 18 Prozent 1970 auf 38 Prozent 1982 explodiert. Dies zeigt, daß die Union die Finanzen im Gegensatz zur SPD fest im Griff hat. Auch wäre die Quote von 46 Prozent die zweitniedrigste Verschuldung im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten.

Die Pauschalierung Schröders ist ein plumper Versuch, dem Bund die alleinige Verantwortung zuzuschreiben. Tatsache ist jedoch, daß die SPD in den Ländern und Gemeinden in erheblichem Umfang für die Verschuldung Mitverantwortung trägt. 1982 betrugen die Schulden der Länder und Gemeinden im Westen noch 286 Milliarden DM, 1997 waren es mit rund 640 Milliarden DM mehr als zweimal soviel.

Das Saarland weist – ohne Gemeinden – mit inzwischen fast 12.000 DM die höchste Verschuldung je Einwohner unter den westdeutschen Flächenländern auf. Schröders Niedersachsen liegt mit fast 8000 DM nach Heide Simonis Schleswig-Holstein mit über 10.000 DM auf dem dritten Platz.

Schröder sagt: *Die Zahl der Arbeitslosen betrug in den neuen Ländern 1994 1,1 Millionen und beträgt 1998 1,5 Millionen.*

Die CDU entgegnet:

Richtig ist: Die immer noch hohe Zahl der Arbeitslosen stellt die größte Herausforderung der Politik im Prozeß zur Vollendung der Einheit Deutschlands dar. In den neuen Bundesländern lag im Juli 1998 die

Zahl der Arbeitslosen aber mit unter 1,3 Millionen bereits deutlich unter der von Schröder genannten Zahl. Allein aussagekräftig ist diese Zahl aber nicht. So verschleierte Schröder bewußt, daß im vergangenen Jahr der Aufschwung auch in den neuen Bundesländern dafür gesorgt hat, daß die Arbeitslosenquote von 18,1 Prozent auf 17,1 Prozent absinken konnte. Auch in den neuen Ländern ist damit die Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht. Schröder unterschlägt auch, daß im August 1998 annähernd 102.000 offenen Stellen gemeldet wurden, im Vergleich zum August vergangenen Jahres stieg dieser Wert allein um über 35.000 an. Zugleich ging die Zahl der Kurzarbeiter dagegen um wiederholten Male um mehrere Tausend zurück.

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, daß gemessen an der durchschnittlichen Arbeitslosenquote die CDU-geführten Länder Thüringen und Sachsen deutlich besser abschneiden, Höppners SPD-PDS-Modell in Sachsen-Anhalt dagegen den Anschluß an den Aufschwung weiter verliert und zugleich den Durchschnitt der Arbeitslosenquote maßgeblich nach unten zieht. So hätte es im vergangenen Juli in den neuen Bundesländern heute 106.000 Arbeitslose weniger gegeben, wenn alle neuen Länder die Arbeitslosenquote Thüringens hätte. Allerdings wären 181.000 Menschen mehr im Juli 1998 arbeitslos gewesen, wenn die Arbeitslosenquote Sachsen-Anhalts herrschte.

Und auch diese Fakten läßt Schröder gezielt außen vor: Seit Jahresbeginn wurden in den neuen Bundesländern über 805.000 Stellen neu gemeldet und rund 730.000 Jobs wurden vermittelt. Dies sind deutliche Zeichen für den Strukturwandel, der sich in den neuen Bundesländern vollzieht. Die dabei auftretende hohe Mobilitätsarbeitslosigkeit, also die Tatsache, daß rund 30 Prozent der Arbeitslosen kürzer als 3 Monate ohne Arbeit sind, ist

kein sozialpolitisches Problem, sondern Ausdruck einer sich schnell wandelnden Wirtschaftsstruktur und zugleich die Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Schröder sagt: *Der Anpassungsprozeß in der Wirtschaft hat seit 1997 einen Rückschlag erlitten. 1997 blieb das Wachstum im Osten um 0,6 Prozent hinter dem im Westen zurück. Auch im Jahre 1998 wird es nach allen Prognosen nicht anders sein.*

Die CDU entgegnet:

Wir wissen nicht, welche Prognosen Herr Schröder zu Rate zieht. So meldet beispielsweise das Institut für Wirtschaftsforschung Halle, daß der Aufschwung im laufenden Jahr, gestützt durch eine lebhaftere Nachfrage und expandierende Auftragseingänge für Investitionsgüter, anhält. Unverändert zuversichtliche Geschäftsaussichten lassen zudem auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung schließen. Dafür spricht auch, so die jüngsten Angaben des Münchner Ifo-Instituts, daß die Unternehmen in den neuen Bundesländern pro Beschäftigten mit über 25.000 DM zwei Drittel mehr für Investitionen ausgeben als die westdeutsche Industrie.

Für das erste Quartal 1998 liegen die Zahlen vor: Fest steht, daß das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern mit 4 Prozent sogar über dem der alten Bundesländer lag. Das heißt, viele neue Unternehmen in den neuen Bundesländern mit hochqualifizierten Arbeitskräften und modernster Technik stellen heute Produkte her, die Spitzenklasse sind. Neuaufbau und Konsolidierung der Unternehmensstruktur schreiten damit zügig voran: Die Zahl der Existenzgründer übersteigt im achten Jahr in Folge deutlich die Anzahl der Liquidationen.

Schröder sagt: *Sie haben Angst davor, daß die Ergebnisse Ihrer Politik im Osten wahrgenommen werden. Sie versuchen jetzt hastig, mit neuen Mitteln Trostpflasterchen zu verteilen. Dies reicht aber nicht. Was man braucht, ist eine Verstärkung der Mittel für den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern.*

Die CDU entgegnet:

Es ist unlauter von der SPD, den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern auf eine angebliche Zunahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu reduzieren und als Wahlkampfmanöver zu deklarieren. Im April 1998 fand in den alten Bundesländern der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1976 und in Gesamtdeutschland seit der Wiedervereinigung statt. Im August 1998 lag die Arbeitslosigkeit auch in den neuen Ländern zum dritten Mal in Folge unter dem Vorjahresniveau.

Im Sinne einer konsequenten Fortsetzung ihrer Politik hat die CDU ihr 1989 erstmals eingesetztes Sonderprogramm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2001 verlängert und eben nicht bis zum 27. September 1998, wie die SPD versucht glaubhaft zu machen. So erhalten rund 75.000 Menschen in Deutschland eine berufliche Perspektive. Die Mittel liegen 1999 auf dem gleich hohen Niveau wie 1998.

Schröder sagt: *Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind in der Regierungszeit der CDU kontinuierlich zurückgenommen worden; Forschung und Entwicklung sind zurückgegangen.*

Die CDU entgegnet:

Der Bund gibt insgesamt jährlich fast 17 Milliarden DM für Forschung und Entwick-

lung aus. Die durchschnittliche jährliche Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des BMBF betrug zwischen 1981 und 1996 3,2 Prozent. Für 1998 weist der Regierungsentwurf einen Anstieg um 2,4 Prozent aus und 1999 wird der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie eine Höhe von 15,428 Milliarden DM erreichen. Damit wachsen die Mittel für Bildung, Forschung und Innovation im kommenden Jahr um eine halbe Milliarde Mark.

Die mittelfristige Finanzplanung ist bis zum Jahr 2002 durchgeschrieben. Sie beinhaltet eine Steigerung der Mittel gegenüber dem Finanzplan 1997 um insgesamt 2,2 Milliarden DM. Die Bundesregierung wird die Mittel auch in den kommenden Jahren über den Finanzplan steigern.

Überdurchschnittlich positiv entwickelten sich innerhalb der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des BMBF in den Jahren 1981 bis 1996 die Förderbereiche Biotechnologie, Gesundheitsforschung, Umweltforschung/Klimaforschung, Informationstechnik sowie Trägerorganisationen/Hochschulen (insbesondere MPG, DFG, FhG, Hochschulbau): Die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten liegen bei 6,2 Prozent bis 8,7 Prozent.

Schröder sagt: *Nach Ermittlungen des deutschen Studentenwerkes habe sich die soziale Struktur bei den Studenten von 1982 bis 1997 stark verändert. Gemessen am Einkommen und Bildungsabschluß der Eltern habe der Anteil von Studenten aus einkommensschwächeren Familien von 23 Prozent 1982 auf 14 Prozent 1995 abgenommen.*

Die CDU entgegnet:

Schröder liegt falsch, denn er hat offenbar den 15. Sozialbericht des Deutschen Studentenwerkes nicht vollständig gelesen. Dort heißt es weiter: „Das Absinken dieses

Anteils gegenüber 1982 mit 23% ist allein dadurch bedingt, daß die Jahrgangsstärken der Arbeiterkinder in der Gesellschaft abgenommen haben.“— Einkommensschwächere sind heute oft nicht mehr Arbeiter, sondern kleine und mittlere Beamte und Angestellte. Ein Facharbeiter verdient heute oft mehr als ein Postangestellter.

Schröder verschweigt auch den Hinweis aus dem Sozialbericht, daß sich der Anteil deutscher Studienanfänger aus Arbeiterfamilien allein zwischen 1985 und 1995 auf 14 Prozent verdoppelt hat.

Schröder sagt: *Da gibt es die Maßnahme, chronisch Kranken, Menschen, die Schmerzen erleiden, die Lebensangst haben müssen, die besten Medikamente nur dann zu geben, wenn sie kräftig draufzahlen können.*

Die CDU entgegnet:

Das Versprechen, chronisch Kranke und ältere Patienten von Zuzahlungen zu entlasten, bleibt völlig vage. Die SPD läßt offen, wie ihre Entlastung aussehen soll. Doch das ist die entscheidende Frage, denn es liegt auf der Hand, daß bei Verzicht auf diese Einnahme ein Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung entstehen würde. Eine völlige Streichung der Selbstbeteiligung hätte einen Anstieg der Beiträge zur Folge. Damit würden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 17 Milliarden DM belastet und die Lohnnebenkosten in unverantwortlicher Weise erhöht.

Schon heute sind rund 24 Millionen Versicherte grundsätzlich von Zuzahlungen befreit. Dazu gehören rund 9,9 Millionen Versicherte aufgrund ihres Einkommens und knapp 14 Millionen Kinder und Jugendliche. Zudem schützen die Zuzahlungsregelungen vor finanzieller Überforderung: Niemand muß mehr als 2 Prozent seines Einkommens leisten. Rund 271.000 Versi-

cherte haben 1997 Befreiungen von den Zuzahlungen wegen Überschreitens der Überforderungsgrenze von 2 Prozent erhalten. Für chronisch Kranke ist die Überforderungsklausel auf 1 Prozent des jährlichen Familieneinkommens abgesenkt worden. Rund 56.000 Versicherte haben von dieser Regelung bisher Gebrauch gemacht.

Schröder sagt: *Da gibt es, ebenfalls von Ihnen angeordnet, für diejenigen, die nach 1979 geboren sind, keine Bezahlung des Zahnersatzes durch die Krankenkassen mehr. Meine Damen und Herren, das ist doch eine Politik, die Sie nach dem Muster gemacht haben: Wenn wir dem Volk schon weniger zu beißen geben, wozu braucht es dann gesunde Zähne?*

Die CDU entgegnet:

Der Zahnersatz für Jugendliche ab Jahrgang 1979 läßt die inzwischen erreichten Verbesserungen in der Zahngesundheit außer acht. Wissenschaftlich belegt können die wichtigsten Zahnerkrankungen durch eine gute Mundhygiene und regelmäßige Kontrollbesuche beim Zahnarzt sowie durch prophylaktische Maßnahmen weitgehend verhindert werden. Für Fälle,

in denen trotzdem Zahnersatz erforderlich ist, sind Ausnahmeregelungen vorgesehen, so bei Unfällen, bei Mißbildungen, bei schweren, nicht vermeidbaren Erkrankungen des Kausystems und schweren Allgemeinerkrankungen oder deren Folgen.

Mit der dritten Stufe der Gesundheitsreform gibt es in der gesetzlichen Krankenversicherung ein alle Altersgruppen umfassendes prophylaktisches Betreuungskonzept, das konsequent genutzt werden muß. Notwendige neue Leistungen, insbesondere bei der Prophylaxe, konnten in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zuletzt durch die in der Zeit von 1980 bis 1995 wegen des rückläufigen zahnmedizinischen Behandlungsbedarfs erfolgten Einsparungen ausgebaut werden.

Wer jetzt, wie die SPD, Gelder erneut zum Kurieren mit Zahnersatz zur Verfügung stellen will, konterkariert die Prophylaxe und will offenbar zurück zum „Reparieren statt Vorbeugen“. Damit widerspricht sie sich selbst. Im übrigen befindet sich die SPD mit dieser Fehlsteuerung innerhalb der westlichen Industriestaaten allein auf weiter Flur, da in den meisten dieser Staaten entweder Zahnersatz keine Leistung der Sozialversicherung ist oder nur in sehr geringem Umfang bezuschußt wird.

Generalsekretär Peter Hintze: Blanker Hohn

Zum Wahlauftritt des SPD-Forums Ostdeutschland erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die sozialdemokratischen Versprechungen für die neuen Länder sind blanker Hohn. Schröder hat in der deutschen Frage kläglich versagt, wie sein Nein in der Geburtsstunde der Einheit zum Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gezeigt hat.

Dort, wo durch den Fleiß der Menschen in den letzten acht Jahren blühende Landschaften geschaffen wurden, macht die SPD alles mies. Die Sozialdemokraten verraten ihre eigene Tradition durch den Handschlag mit den Kommunisten in Sachsen-Anhalt. Kein Mensch in Deutschland zweifelt daran, daß die SPD auch im Bund gemeinsame Sache mit der PDS machen würde, um Rot-Grün an die Macht zu bringen.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Zehn Mrd. DM Nettoentlastung für alle Steuerzahler

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Deutschland steht mitten im Aufschwung! Bei 3,8 Prozent Wachstum im ersten Quartal und zu erwartenden etwa 3 Prozent im ganzen Jahr wird es doch niemanden im Hause geben, der, wenn er den Anspruch erhebt, ein qualifizierter Parlamentarier zu sein, sagen kann: Das ist kein Aufschwung. – Natürlich stehen wir mitten im Aufschwung, und das ist gut so.

Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Das ist das Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Koalition von CDU/CSU und FDP.

Unternehmer, Arbeitnehmer und die Bundesregierung haben gehandelt. Zentrale Reformen und Anpassungen an ein verändertes weltwirtschaftliches Umfeld sind weit vorangekommen und entfalten jetzt ihre Wirkung.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen wir jetzt klaren Kurs halten und die Politik für mehr Beschäftigung am Standort Deutschland entschlossen fortsetzen. Das bedeutet weniger Staat und Bürokratie, sondern mehr Markt und Eigenverantwortung, eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Rückführung der öffentlichen Defizite, eine schlanke, kostengünstige und bürgerfreundliche Verwaltung, von der weitere Teile privatisiert werden, weiter sinkende Lohnnebenkosten – Arbeit muß sich für jeden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, lohnen – und eine große Steuerreform. Innovationen, Investitionen, unternehmerisches Risiko, persönlicher Einsatz und harte Arbeit müssen belohnt werden.

Wir brauchen kein Startprogramm der SPD. Wirtschaftsverbände bezeichnen es zu Recht als Programm zur Beendigung des Aufschwungs.

Wer auf der einen Seite etwa 50 Milliarden DM mehr fordert und auf der anderen Seite das rückgängig machen will, was wir in vier schweren Jahren an Anpassung und Reformen durchgesetzt haben, der würde Aufschwung statt Aufschwung, mehr Arbeitslose statt mehr Beschäftigung erreichen. Das wollen wir nicht

Aus der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 3. September

Der amerikanische Ökonomieprofessor Rudi Dornbusch vom renommierten Massachusetts Institute of Technology schreibt über den von der SPD als Finanzminister ins Auge gefaßten und sich auch selber dafür ins Gespräch bringenden saarländischen Ministerpräsidenten:

Er steht für alles, was falsch ist in Europa.

Rudi Dornbusch fährt fort:

Wenn er Finanzminister im neuen Kabinett wäre, kann man das nur katastrophal nennen.

Wir sollten diese richtige Stimme aus dem Ausland ernst nehmen. Wie heißt es im Duden zu dem Begriff Galionsfigur, als welche der Schattenwirtschaftsminister vorgeführt wird?

Dort steht, das sei eine aus Holz geschnitzte Verzierung des Schiffsbugs, die die Blicke auf sich lenkt.

Es lohnt sich, einmal kurz darüber nachzudenken: Wo stünden wir eigentlich, wenn Schröder und Lafontaine seit 1990 das Sagen gehabt hätten?

Ob dann, nachdem beide gegen die Währungsunion gestimmt hatten, die Einheit überhaupt möglich gewesen wäre, wage ich zu bezweifeln.

Wenn sie doch möglich gewesen wäre, dann wäre sie nicht weitgehend durch Einsparungen und Umschichtungen, sondern weitgehend durch Steuererhöhungen finanziert worden. Dies hätte der deutschen Wirtschaft mit Sicherheit entscheidend geschadet. Die deutsche Volkswirtschaft hätte nicht die Kraft aufgebracht, jedes Jahr 4 bis 5 Prozent des BIP für die größte Solidaraktion der deutschen Geschichte, nämlich die Einheit, aufzubringen. Das haben wir geleistet.

Die Konjunktur läuft seit Ende letzten Jahres auf vollen Touren. Die deutsche Wirtschaft befindet sich deutlich im Aufwind.

Im ersten Quartal 1998 erreichte das Wirtschaftswachstum mit 3,8 Prozent den höchsten Anstieg seit der Wiedervereinigung. Damit ist für 1998 ein reales Wachstum in einer Größenordnung von rund 3 Prozent erreichbar. Die deutschen Exporteure haben ihre führende Stellung auf den Weltmärkten gefestigt. Die Inlandsnachfrage wird immer mehr zum zweiten Standbein des Aufschwungs.

Die gute Wirtschaftslage hat den Arbeitsmarkt erreicht. Die Trendwende ist nicht zu bestreiten.

Seit Jahresbeginn ist die Zahl der Arbeitslosen auf breiter Front, und zwar um rund 700.000, zurückgegangen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist seit Januar um rund

60.000 gesunken. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Seit Jahren gab es in Deutschland nicht mehr so viele gemeldete offene Stellen. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der offenen Stellen um rund 125.000 auf rund 355.000 Stellen. Nimmt man die Zahl der offenen Stellen, die nicht offiziell gemeldet sind, dazu, sind es wahrscheinlich mehr als 1 Million offene Stellen. Dies ist Gott sei Dank eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Darüber sind wir sehr glücklich.

Dabei sieht der Arbeitsmarkt – das ist richtig – in den einzelnen Bundesländern allerdings ganz unterschiedlich aus. Das gleiche gilt für die Ausbildung. Wenn man sich die entsprechende Statistik ansieht, stellt man fest: Die Länder, in denen CSU und CDU maßgebliche Regierungsverantwortung tragen – Baden-Württemberg, Bayern oder, als neues Bundesland, Sachsen –, liegen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an der Spitze, während Niedersachsen, das Saarland und andere sozialdemokratisch regierte Länder hierbei leider immer wieder am unteren Ende stehen. Das weist die Statistik aus.

In Deutschland herrscht Preisstabilität. Im Juli betrug der Preisanstieg nur noch 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Das ist der niedrigste Wert seit der Berechnung gesamtdeutscher Indizes im Jahre 1991. Diese sichtbaren Erfolge mußten hart erarbeitet werden. Wir haben die Grundlage für den Aufschwung gelegt, insbesondere durch das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm 1994, durch das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze und durch das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Sie alle wissen, wie sehr diese Politik für Wachstum und Arbeitsplätze in vielen Fällen gegen den erbitterten Widerstand der Opposition durchgesetzt werden mußte.

Inzwischen liegt die Staatsquote mit 48 Prozent wieder deutlich unter der 50-Prozent-Marke.

Damit fließen gegenüber dem Höchststand nach der Wiedervereinigung rund 100 Milliarden DM weniger durch die öffentlichen Kassen. Trotz der Steuerausfälle konnte die Defizitquote im Jahr 1997 auf 2,7 Prozent reduziert werden. Wir werden heuer mutmaßlich 2,5 Prozent erreichen. Das ist eine ausgezeichnete Quote. Niedrigere Defizite befördern ein günstiges Investitionsklima. Damit haben wir die für unsere wirtschaftliche Zukunft so bedeutende Eintrittskarte für die Europäische Währungsunion gelöst. Deutschland erfüllt alle Voraussetzungen, die Vorteile der Eurozone zu nutzen. Unsere Finanzkennziffern, was Staatsdefizit und Staatsquote angeht, sind heute wesentlich besser als Ende 1982, obwohl wir wie keine andere Industrienation in der Welt mit Herausforderungen konfrontiert sind. Diese Zahlen können sich sehen lassen.

Auch Deutschlands Standortvorteile können sich sehen lassen: die zentrale Lage im Herzen Europas, eine hervorragende Infrastruktur, eine stabile Wirtschaftsordnung, ein hohes Ausbildungsniveau, hohe Kaufkraft, niedrige Preise und Zinsen und politische Stabilität. Diese Stärken müssen wir bewahren und ausbauen.

Die Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land spüren diese Erfolge des strikten Konsolidierungskurses. Ein Prozent weniger Inflation bedeutet 18 Milliarden DM mehr Kaufkraft für die Menschen in unserem Land. Eine niedrige Inflation liefert einen größeren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit als eine schulden- oder steuertreibende Umverteilungspolitik.

Die Zinsen bewegen sich auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten. Das hilft den Investoren und erleichtert dem Hauslebauer die Finanzierung seiner eigenen vier Wände.

Bei Hypothekenzinsen von zur Zeit rund 5,5 Prozent kostet die Finanzierung eines Eigenheims heute nur noch die Hälfte dessen, was 1981 unter sozialdemokratischer Inflationsregie aufzubringen war.

Durch die Freistellung des Existenzminimums und durch den neuen Familienleistungsausgleich konnten wir vor allem die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen sowie die Familien um netto 19 Milliarden DM entlasten. Der Wegfall des Kohlepennings schlägt seit 1996 mit einem jährlichen Plus von 8 Milliarden DM zu Buche. Die Absenkung des Solidaritätszuschlags seit Januar 1998 bringt eine weitere Entlastung von 7 Milliarden DM pro Jahr.

Damit der Wachstumspfad auf Dauer oberhalb des Produktivitätswachstums bleibt – das ist nämlich die entscheidende Voraussetzung für mehr Beschäftigung –, muß aber noch viel Arbeit geleistet werden. Wem der Reformwille fehlt, wer das, was wir durchgesetzt haben, rückgängig machen möchte, dem nützt auch keine Modernisierungsrhetorik.

Arbeit und Investitionen gehen vor Konsum. Produktion geht vor Umverteilung. Wer die Reihenfolge, wie die SPD, umkehrt, wer Wohlstand ohne Anstrengung verspricht, der streut den Menschen Sand in die Augen.

Wir werden unser Konzept für Wachstum und Beschäftigung, die symmetrische Finanzpolitik, nach der Wahl entschlossen weiterführen. Dreh- und Angelpunkt unseres Konzepts ist die Rückführung der Staatsquote. Bis zum Jahr 2000 erreichen wir wieder 46 Prozent. Das war der Stand vor der Einheit. Bis zum Jahr 2002 ist eine Staatsquote von 44 Prozent erreichbar. Jeder Prozentpunkt weniger Staatsquote läßt etwa 40 Milliarden DM mehr in den Taschen der Bürger, schafft Raum für die Senkung von Steuern und Sozialabgaben.

Am Ende der nächsten Legislaturperiode werden wir mit einem Staatsdefizit von etwa einem halben Prozent sehr nahe an einem ausgeglichenen Staatshaushalt stehen und auch von dieser Seite für das 21. Jahrhundert gut gerüstet sein.

Wir werden dann in etwa wieder die Finanzkennziffern haben, die wir 1989 nach einer systematischen, erfolgreichen Wachstumspolitik mit drei Millionen Arbeitsplätzen mehr und einem Staatsüberschuß hatten, bevor wir dann die große Aufgabe der Einheit meisterten.

Wenn wir dann etwa zehn Jahre später wieder über die gleichen international hervorragenden Ziffern verfügen, ist das eine großartige Leistung.

1992 gab es beim Bund – vereinigungsbedingt – einen Bestand von 381.000 Stellen. Bis Ende 1998 wird er auf rund 310.000 Stellen abgebaut werden. Das bedeutet: konstante Personalausgaben seit 1993. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung und zur Schaffung von Steuersenkungsspielräumen.

Im Rahmen der Privatisierungspolitik ist die Zahl der Unternehmensbeteiligungen zwischen 1982 und 1996 um gut die Hälfte auf noch 424 gesunken. Neben einer Vielzahl einzelner Privatisierungsmaßnahmen wurden innerhalb eines Jahres auf den Kapitalmärkten mit der Teilprivatisierung der Deutschen Telekom AG und der Restprivatisierung der Deutschen Lufthansa AG zwei Privatisierungsaktionen von internationaler Dimension erfolgreich abgeschlossen.

Das Haushaltsrecht wurde modernisiert. Mit der Einführung der Haushaltsflexibilisierung werden 1999 Effizienzgewinne von deutlich über 400 Millionen DM erreicht. Daneben werden mehr Kostentransparenz und eine effizientere Planung

und Steuerung von Verwaltungsabläufen durch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung gewährleistet. In den alten Ländern haben wir die Subventionen in den letzten acht Jahren bereits um ein Drittel, etwa 10 Milliarden DM, reduziert.

Deutschland ist ein hochentwickeltes Industrieland. Wir haben ein leistungsfähiges Sozialsystem. Daran wollen wir festhalten und es, wenn nötig, auch ausbauen, wie wir es mit der Pflegeversicherung unter Beweis gestellt haben.

Solidarität mit den Bedürftigen, der Schutz vor sozialen Risiken, kostet Geld. Kein Sozialsystem kann es sich aber leisten, die Volkswirtschaft, die Steuer- und die Beitragszahler zu überfordern. Wenn hohe Sozialversicherungsbeiträge als Lohnnebenkosten die Investitionen hemmen und die Leistungsbereitschaft schwächen, dann ist Gefahr im Verzug. Es kann nicht sein, daß eine vierköpfige Familie in einer niedrigen Lohngruppe mit harter Arbeit weniger Geld verdient, als sie als Sozialhilfe erhalten könnte.

Hier werden wir mit Modellen wie dem Kombilohn ansetzen; weitere Reformen müssen folgen.

Wer auch morgen sicher leben will, darf keine Angst vor Veränderungen haben.

Ich stelle fest: Es gibt keine ernsthafte politische Kraft in Deutschland, die so viel Angst vor Veränderungen hat wie die SPD und mit der Angst der Menschen vor Veränderung bis zum 27. September systematisch Wahlkampf betreiben will.

Mit dem Haushaltsentwurf 1999 und dem Finanzplan bis 2002 legt die Bundesregierung die Basis für die Fortsetzung der er-

folgreichen Finanzpolitik der zurückliegenden Jahre. Die Ausgaben im Entwurf des Bundeshaushalts 1999 steigen gegenüber dem Soll 1998 nur um 0,4 Prozent auf 465,3 Milliarden DM. Darin sind die höheren Zuschüsse an die Rentenversicherung bereits enthalten. Ohne diese höheren Zuschüsse ergäbe sich sogar ein nominaler Ausgabenrückgang von 1,6 Prozent.

Die Nettokreditaufnahme sinkt zum viertenmal in Folge und liegt mit 56,2 Milliarden DM unter dem Soll 1998. Im Finanzplanungszeitraum ist ein weiterer deutlicher Rückgang bis auf gut 45 Milliarden DM vorgesehen. Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt 1999 unter 12 Prozent und unterschreitet damit den Wert des Jahres 1989 von 12,4 Prozent deutlich. Das muß man sich einmal klarmachen: Trotz eines erheblichen Nettotransfers für Investitionen und für soziale Maßnahmen in die neuen Bundesländer ist der Anteil der Bundesausgaben am BIP heute niedriger als 1989. Dies beweist den Erfolg der Konsolidierungspolitik im Bundeshaushalt.

Die Investitionen bewegen sich trotz der Konsolidierung mit 57,5 Milliarden DM auf dem Niveau des Vorjahres. Im Finanzplanungszeitraum 1998 bis 2002 verzeichnen wir einen durchschnittlichen Ausgabenzuwachs von 1,1 Prozent. Damit unterschreitet der Bund die Ausgabenempfehlung des Finanzplanungsrates von 2 Prozent ganz deutlich.

Die konsequente Ausgabenbegrenzung im Bundeshaushalt 1999 geschieht mit Augenmaß. Damit unterscheiden wir uns fundamental von Versprechungen des Kanzlerkandidaten der SPD, die durch Unseriosität und Unverbindlichkeit gekennzeichnet sind.

Sie sind unseriös, weil milliardenschwere Programme und Maßnahmen ohne Finanzierungskonzept in Aussicht gestellt werden.

Das Gerede der SPD vom Kas- sensturz ist angesichts des von der Bundesregierung vorgelegten vollständigen Zahlenwerks nichts anderes als Wahlkampfge- töse.

Die Aussagen der SPD verdienen das Prädikat „unverbindlich“, weil Schlagworte wie „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ aufgebracht werden – ohne konkrete Aussagen.

Sparen ist für uns kein Selbstzweck. Die Bundesregierung hat im Haushaltsentwurf 1999 bei einer ausgewogenen Ausgabenstruktur in volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsbereichen ganz deutliche Akzente gesetzt.

Der Aufbau Ost hat für uns weiterhin eine herausragende Bedeutung. Die Ausgaben-transfers werden in 1999 eine Größenordnung von rund 94 Milliarden DM erreichen. Weit über 40 Prozent der gesamten Investitionsausgaben des Bundes gehen in die neuen Länder. Fast jede zweite Mark der Verkehrsinvestitionen von rund 20 Milliarden DM ist für Projekte in Ostdeutschland vorgesehen.

Bei der regionalen Wirtschaftsförderung stehen zusammen mit Ländermitteln und Strukturfondsmitteln der Europäischen Union für Neuzusagen 1999 knapp 6 Milliarden DM zur Verfügung. Mit rund 3,2 Milliarden DM werden die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Bildung in Ostdeutschland unterstützt.

Der Aufbau Ost gehört schon heute zu den beeindruckenden Erfolgsgeschichten unseres Jahr- hunderts. Das denkt nicht nur das Ausland, das denken auch die Menschen in den neuen Ländern.

Es bewegt mich immer tief, wenn ich mit den Menschen in Ostdeutschland spreche und sehe, wie viele auf mich zukommen und sich bei allen deutschen Steuerzahlern

für die großartige Leistung bedanken, die gerade in den neuen Ländern erbracht worden ist. Das wird selten transportiert.

Die Bürger in den neuen Ländern können auf ihre Aufbauleistung und die Bürger im Westen können auf ihre Solidarität stolz sein. Die Menschen in Ost und West haben in den letzten acht Jahren bewiesen: Wir Deutsche sind ein Volk.

1992 hat Herr Schröder bei der fortdauernden Aufbauhilfe Ost vor einem Aufstand im Westen gewarnt. Er hat etwas bemerkenswert Zynisches gesagt, wörtlich: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten“ – so in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 15. Januar 1996.

Wer 1992 und 1996 noch so etwas von sich gegeben hat, hat im Jahr 1998 jedes Recht verwirkt, uns zu kritisieren und in den neuen Bundesländern zu sagen, es sei zu wenig geschehen und das, was geschehen sei, sei nicht richtig. Das lassen wir uns nicht gefallen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs 1999 ist Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die Mittel in diesem Bereich steigen von 14,9 Milliarden DM im Jahr 1998 auf 15,4 Milliarden DM im Jahr 1999 und damit um 3,4 vom Hundert. Im Mittelpunkt steht neben der verstärkten Förderung des Hochschulbereichs eine effiziente Forschungs- und Technologieförderung einschließlich der Stärkung einer leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur. Auch die Ansätze für das Meister-BAföG werden erhöht. Zum Besten, was uns in dieser Legislaturperiode gelungen ist, gehört, daß künftig der Geselle, der Meister werden will, genauso BAföG-Leistungen bekommt wie der Abiturient, der auf die Hochschule oder auf die Universität geht.

Dem SPD-Kanzlerkandidaten geht die Anhebung der Mittel für die Bereiche Bildung, Forschung und Technik nicht weit genug. Er schlägt eine Verdoppelung der

Ausgaben innerhalb von fünf Jahren vor. Sehr gut! Von der Sache her würde man da eigentlich kaum zu widersprechen wagen. Fraglich ist nur die Glaubwürdigkeit der Schröderschen Versprechen.

Denn Tatsache ist: Der Ministerpräsident Schröder hat die Unterrichtsversorgung im Land Niedersachsen massiv vernachlässigt. Herr Schröder sollte doch endlich im eigenen Land das tun, was er tun könnte, bevor er hierherkommt und uns Lehren erteilt.

Die Forschungsausgaben des Landes Niedersachsen wurden nämlich zusammengestrichen, und die Mittel für die Technologieförderung wurden von 80 Millionen DM im Jahre 1990 auf nur noch 50 Millionen DM im Jahr 1998 reduziert.

Diese Entwicklung zeigt mit aller Deutlichkeit, wie man mit Fakten die Glaubwürdigkeit von jemandem beweisen kann. Der Vergleich dieser Daten erweist, daß der SPD-Kanzlerkandidat nicht glaubwürdig ist.

Wichtig für den Standort Deutschland ist eine moderne Infrastruktur.

Für Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur stehen 500 Millionen DM mehr als in diesem Jahr zur Verfügung. Mit insgesamt 42,9 Milliarden DM steigt der Verkehrsetat 1999 um 0,7 vom Hundert gegenüber dem Vorjahr an.

Die Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Bundeshaushalt und im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit werden 1999 eine Größenordnung wie im laufenden Jahr erreichen. Der erforderliche Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit geht angesichts der Wende auf dem Arbeitsmarkt von 14,1 Milliarden DM im Jahr 1998 um 3,1 Milliarden DM auf 11 Milliarden DM im Jahre 1999 zurück. Dies zu kritisieren und zu beklagen, das ist schon ein starkes Stück. Das ist das Er-

gebnis einer günstigen Arbeitsmarktentwicklung. Dafür sollten wir dankbar sein und sollten es nicht kritisieren.

Der Ansatz für Arbeitslosenhilfe bleibt allerdings mit 28 Milliarden DM im Jahr 1999 auf hohem Niveau. Hier macht sich die Verbesserung am Arbeitsmarkt erst allmählich bemerkbar.

Die Gesamtaufwendungen des Bundes für die Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten sowie die knappschaftlich Versicherten erhöhen sich dagegen um 14 Milliarden DM auf rund 104 Milliarden DM. Wenn ich dann noch Ausgaben für die landwirtschaftliche Alterskasse dazurechne, komme ich zu dem Ergebnis, daß wir mehr als 110 Milliarden DM im Bundeshaushalt für diesen Bereich ausgeben. Das sind weit mehr als 22 Prozent aller Bundesausgaben. Dies zeigt in aller Deutlichkeit: Wir stehen für die Freundschaft zwischen den Generationen. Wir stehen für die älteren Menschen ein; sie können sich auf uns verlassen.

Ein Wort in diesem Zusammenhang zu den Pensionen der Postbeamten: Für die Pensionäre der Post kommt es nicht darauf an, ob in den einzelnen Jahren die Abführungen der Postnachfolgegesellschaften ausreichen oder nicht. Die Pensionen sind staatlich garantiert, und dafür stehe ich ein.

Insgesamt ist ein Anstieg der Sozialausgaben im Bundeshaushalt auf rund 190 Milliarden DM zu verzeichnen. Das zeigt, wie inhaltlsleer, wie töricht und wie falsch das Gerede vom Sozialabbau ist.

In der Steuerpolitik hat die Bundesregierung frühzeitig und konsequent für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland gesorgt. Wir haben eine dreistufige Reform der Unternehmensbesteuerung um-

gesetzt. Die dritte Stufe ist seit Jahresanfang in Kraft. Die arbeitsplatzvernichtende Gewerbesteuer wurde abgeschafft; in den neuen Bundesländern brauchte sie Gott sei Dank erst gar nicht eingeführt zu werden. Alle drei Stufen wurden gegenfinanziert, um die Erfolge unserer Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden.

Gezielt wurden Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen im Unternehmenbereich abgebaut. In den letzten Jahren waren es insgesamt mehr als 50 Milliarden DM. Es ist absurd, wenn uns die SPD vorwirft, wir hätten die Unternehmen einseitig entlastet. Richtig ist: Mit dem Jahressteuergesetz 1996 haben wir das Existenzminimum verfassungskonform steuerfrei gestellt. Der Grundfreibetrag beträgt in diesem Jahr rund 12.400 DM und steigt ab 1999 auf rund 13.100 DM. Immer mehr Arbeitnehmer mit geringem oder mittlerem Einkommen zahlen so weniger oder gar keine Einkommensteuer.

Wir haben die finanzielle Situation der Familien nachhaltig verbessert. In diesem Jahr erreichen die steuerlichen Entlastungen und Geldleistungen für die Familien fast 77 Milliarden DM. Das sind fast 50 Milliarden DM mehr als 1982.

Seit 1997 ist die Vermögensteuer weggefallen. Die Vermögensteuer belastete zu rund 60 Prozent Betriebsvermögen und damit vor allem die Arbeitsplätze. Eine weitere Arbeitsplatzvernichtungssteuer ist damit beseitigt. Außer den Sozialdemokraten in Deutschland gibt es niemanden mehr in Europa, der eine arbeitsplatzfeindliche Vermögensteuer einführen oder auch nur behalten wollte. Das stellt Sie, meine Damen und Herren von der SPD, doch ins Abseits.

Mit dem Jahressteuergesetz 1997 haben wir dann die Erbschaft- und Schenkung-

steuer wirtschafts- und sozialverträglich geregelt. Die private Vermögensteuer ist vor allem aus Gründen der Steuervereinfachung mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer zusammengefaßt worden.

Die SPD will die private Vermögensteuer als Sozialneidsteuer wieder einführen. Das bringt nichts ein.

Die Steuer zu erheben ist viel zu aufwendig, und sie führt zu kaum kontrollierbaren Trickereien zwischen Privat- und Betriebsvermögen. Eine solche Alibisteuer, die nur schädlich für die Volkswirtschaft und die Arbeitsplätze wäre, lehnen wir ab.

Der nächste steuerpolitische Schritt ist die große Steuerreform. Sie wird unmittelbar nach der Wahl kommen, eingebracht von dieser Koalition. Es ist auch möglich durchzusetzen, daß es schon ab dem 1. Januar 1999 weniger Steuern geben kann. Im Blick auf den Investitionsstandort Deutschland soll eine erste spürbare Entlastung schon zum 1. Januar 1999 wirksam werden.

Die verbleibenden Reformelemente können dann ab dem Jahr 2000 in Kraft treten. Dabei muß das Gesamtpaket in einem Gesetz verabschiedet werden.

Mit dem zeitgleichen Signal zum 1. Januar 1999 unterstreichen wir: Deutschland geht als konkurrenzfähiger Steuerstandort in die Euro-Zukunft. Das wird die Investitionsentscheidungen ab sofort positiv beeinflussen.

Vorrangig zum 1. Januar 1999 sind folgende Elemente:

- Der Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne sollen von 47 bzw. 45 Prozent auf 40 Prozent, der Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Ge-

winne soll von 30 Prozent auf 28 Prozent gesenkt werden. Damit erreichen wir eine erhebliche Annäherung an das niedrigere internationale Niveau der betrieblichen Steuerbelastung, die für Standortentscheidungen von entscheidender Bedeutung ist.

- Der Eingangssteuersatz in der Lohn- und Einkommensteuer soll von derzeit knapp 26 Prozent auf nahe 20 Prozent und der Höchststeuersatz von derzeit 53 auf 47 bis 48 Prozent reduziert werden:

- ▶ Am unteren Ende der Einkommens- und Steuerskala wird damit der Anreiz zur Arbeit deutlich verstärkt und der Übergang vom Transfereinkommen erleichtert. Alle Steuerzahler werden von dieser Tarifanpassung profitieren.
- ▶ Die gleichgewichtige Entlastung im obersten Tarifbereich kappt die extrem hohe Belastung der Leistungsspitzen. Sie ist im übrigen unverzichtbar, um die Entlastung der gewerblichen Einkommen verfassungsgemäß sicherstellen zu können.

Das gesamte Bruttoentlastungsvolumen von gut 20 Milliarden DM wollen wir zur Hälfte durch das Schließen von Steuerschlupflöchern und durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gegenfinanzieren. Damit verbleibt eine echte Nettoentlastung von rund 10 Milliarden DM, die allen Steuerzahlern – Privaten und Betrieben – zugute kommt.

Wir wollen die günstige wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate nutzen, um diese Nettoentlastung ohne Erhöhung der Kreditaufnahme zu finanzieren. Art. 115 des Grundgesetzes und das Maas-tricht-Defizitkriterium bleiben unangetastet.

Das ist realistisch, weil die gute Wirtschafts- und die sich verbessernde Arbeitsmarktlage die öffentlichen Haushalte entlasten.

Mehr Inhalte

Die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Andrea Nahles, vermißt in Schröders Wahlkampf die Sachthemen. Sie stellt fest, daß bislang die Konzepte im Wahlkampf der SPD nicht deutlich geworden seien.

Joachim Hörster, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Union vermißt schon lange die Konzepte des Kanzlerkandidaten der SPD. Auch nach der gestrigen Debatte muß sich Schröder weiterhin den Vorwurf gefallen lassen, zu allem nichts zu sagen, dies aber ausführlich und mit großer Entschlossenheit. Leider blieben die an ihn gerichteten konkreten Fragen

unserer Redner unbeantwortet. In einem Punkt hat der Kanzlerkandidat der SPD allerdings für Klarheit gesorgt: Von der sogenannten neuen Mitte, die er stets propagierte, jedoch nie erreichte, hat er sich endgültig verabschiedet. Dafür gab es in seiner Rede vor dem Hohen Haus einfach zu viele platte, klassenkämpferische Parolen. Wer etwa der Koalition vorwirft, man würde dem Volk weniger zu beißen geben, um nicht mehr für gesunde Zähne sorgen zu müssen, verfällt in die Methoden linker Demagogie.

Schröder hat mit solchen Sprüchen nur eins im Sinn: Durch Neidkampagnen die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Damit disqualifiziert er sich selbst.

● Die deutlich entspannte Arbeitsmarktlage kann das Bundesdefizit bei rund 100.000 Arbeitslosen weniger um insgesamt rund 3 Milliarden DM senken.

● Das extrem niedrige Zinsniveau hält die Zinsausgaben gering.

● Die Steuereinnahmen haben sich wieder deutlich erhöht.

Im übrigen wird die frühzeitige Steuerentlastung über verstärktes Wachstum zur Einpassung in die Konsolidierungslinie auch selbst beitragen.

Auf der Grundlage der bereits vorliegenden Reformgesetze wollen wir die Gesetzgebung möglichst vor dem 1. Januar 1999 abschließen. Wir wollen über die Verwirklichung der gesamten Petersberg-Reform in direktem Zusammenhang mit der ersten Stufe entscheiden.

Wir wollen insgesamt eine Nettoentlastung von 30 Milliarden DM. Wir wollen nicht, wie die SPD, nur einen kleinen Personenkreis geringfügig entlasten, sondern alle, die Familien ebenso wie die Facharbeiter,

Angestellte, Handwerker, Selbständige und Betriebe. Wir wollen nach Abschluß der Steuerreform einen Eingangsteuersatz von 15 Prozent, einen Körperschaftsteuersatz von 35 Prozent für einbehaltene und 25 Prozent für ausgeschüttete Gewinne, einen Steuersatz auf gewerbliche Einkünfte von 35 Prozent und einen Höchststeuersatz von 39 Prozent. Zahlreiche Steuervergünstigungen werden dafür wegfallen; für viele Steuersparmodelle bedeutet unsere Steuerreform das endgültige Aus.

Wenn Sie es mit dem Standort Deutschland ernst meinen, wenn Sie etwas für die Arbeitslosen tun wollen und wenn Sie es mit der entscheidenden Rückführung der Arbeitslosigkeit ernst meinen, dann sind Sie aufgefordert, spätestens nach dem 27. September – dann werden Sie die Opposition, wir die Regierung sein – mit uns zusammenzuarbeiten, damit bereits zum 1. Januar 1999 ein entscheidender Schritt getan werden kann.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wolfgang Schäuble:

Unser Weg für die kommenden Jahre ist klar

Ministerpräsident Schröder, Kanzlerkandidat der SPD, hat im Schlußteil seiner Ausführungen, denen wir soeben aufmerksam gelauscht haben, davon gesprochen, daß ein Bundeskanzler in Deutschland eher zusammenführen müsse als spalten dürfe. Herr Ministerpräsident Schröder, Sie wollen Kanzler werden. Helmut Kohl ist es.

Wenn wir die beiden Reden, die wir von Helmut Kohl und Herrn Schröder soeben gehört haben, in der Erinnerung auf uns wirken lassen, dann merken wir, wer als Bundeskanzler Deutschland zusammenführt und wer spaltet und teilt.

In einem war die Rede von Herrn Schröder bemerkenswert. Es ist wieder klar – insofern hat die Debatte sogar etwas gebracht, auch Ihre Rede -: Die Alternativen sind eine Fortsetzung der von Helmut Kohl geführten Regierung, unserer Koalition, oder Rot-Grün in Deutschland.

Alles, was Sie in den letzten Wochen und Monaten an Ablenkungsmanövern, Vertuschungsmanövern und Täuschungsmanövern inszeniert haben, ist durch Ihre demagogische Neidrede entlarvt worden.

Von neuer Mitte war nicht mehr viel zu spüren, aber von alter Linken war viel zu spüren:

Neid, Angst, Teilen, Spalten – und gar nichts von Zukunft. Ich dachte gestern, Herr Lafontaine müsse die Alternative spielen, weil Sie ja eine Doppelstrategie haben. Heute morgen war das bei Herrn Scharping noch einmal so. Bei Herrn Lafontaine hatte ich das Gefühl, er bewirbt

sich um den Ehrenvorsitz in der PDS; so hat er gestern jedenfalls geredet.

Jetzt redet Herr Schröder in derselben Weise. Das zeigt: Es geht nicht um Zukunft, sondern es geht darum, ein Zerrbild von der Wirklichkeit zu zeigen und die Menschen gegeneinander aufzulitzen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Sie haben dem Bundeskanzler am Anfang Ihrer Rede vorgeworfen, daß er sich in seiner Rede auch mit den 16 Jahren seiner Regierungstätigkeit kurz bilanzierend befaßt hat. Anschließend haben Sie sich aber

Aus der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 3. September

lange mit dieser Bilanz beschäftigt, wenn auch in einer verzerrenden Weise. Wenn der Bundeskanzler aber nichts zu den 16 Jahren gesagt hätte, in denen er – zum Glück für unser Land – die Verantwortung getragen hat, dann hätten Sie ihn ja auch kritisiert.

Ich spreche das nur noch einmal an, weil Sie das in einer Weise gesagt haben, daß man wirklich denken muß: Leben wir eigentlich, was unsere Wahrnehmung angeht, im selben Land? Wenn Sie 1982 mit 1998 vergleichen und in diesem Vergleich einfach unterschlagen, daß 1989/90 eine Zeitenwende in Deutschland, Europa und der Welt, mit Frieden und Einheit und der

Wiedervereinigung in Deutschland, stattgefunden hat, dann ist das ein Vergleich, der so absurd ist, wie er nur sein kann.

Deswegen muß man sich, wenn man bilanziert, die 80er und die 90er Jahre schon ein wenig anschauen.

In den 80er Jahren haben wir Preisstabilität, dauerhaftes Wachstum, 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bis 1989, eine Rückführung der Staatsquote von knapp 52 Prozent in 1982 auf unter 46 Prozent in 1989 geschafft – eine ungeheure Erfolgsgeschichte der deutschen Politik und eine Voraussetzung dafür, daß wir die historische Herausforderung der deutschen Einheit und der Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus so gut bewältigen konnten. Das ist der erste Abschnitt in der Bilanz.

Der zweite Abschnitt ist, daß die Wiedervereinigung kam. Sie haben sie nicht gewollt; Sie haben dagegen gestimmt. Sie haben sie auch nicht für möglich gehalten. Man könnte endlos darüber reden. Es gehört wirklich zu den unglaublichen Dingen, wie damals und in der Folgezeit, bis in die letzten Monate hinein, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen jeden Beitrag nationaler Solidarität immer dann verweigert hat, wenn er nicht in Ostdeutschland, sondern in Westdeutschland geredet hat.

Auch heute wieder: kein Wort etwa zu der Frage, wo der Produktionsstandort sein soll, wenn wir die Großflugzeuge der Airbuslinie bekommen, während der Bundeskanzler sich klar, mutig und entschieden dafür ausgesprochen hat, daß er nach Mecklenburg-Vorpommern kommen soll. Das ist nationale Solidarität und Führungsstärke, nicht Ihr kleinliches Wort „keine Mark niedersächsischer Steuerzahler für den Aufbau der neuen Bundesländer“, das wir alle noch gut in Erinnerung haben.

Natürlich haben wir durch die Wiedervereinigung neue ökonomische Probleme.

Wir haben auch die Situation, daß uns die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft durch die Sonderlage in Deutschland etwas später getroffen hat und daß wir deswegen bei der Anpassung an Veränderungen, die andere in Europa früher in den 90er Jahren vollzogen haben, ein Stück weit notwendigerweise später gewesen sind.

Aber wir haben uns auf den Weg gemacht. Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir sind gut vorangekommen. Es wird darüber zu reden sein, was wir in den nächsten Jahren machen müssen.

Sie haben nicht eine der Fragen beantwortet. Sie haben gesagt, wir sollten Sie doch fassen. Das ist schwer. Michael Glos hat Ihnen heute morgen jede Menge konkreter Fragen gestellt. Sie haben nicht eine einzige beantwortet. Auch Wolfgang Gerhardt hat Ihnen jede Menge konkreter Fragen gestellt. Sie haben nicht eine einzige beantwortet.

Mir hat in einem heute morgen ausgestrahlten Rundfunkinterview ein Journalist vom Deutschlandfunk vorgehalten:

Bislang konnte man den Eindruck in diesem Wahlkampf bekommen, die Union bekommt den Kandidaten Schröder nicht zu fassen.

Ich zitiere weiter:

Er entzieht sich inhaltlicher Zuordnung, er steht für alles und nichts zugleich. Was wollen Sie dagegen tun?

Meine Antwort darauf: „Dies den Wählern bewußt machen.“ Er steht für alles und nichts.

Aber Sie können auch die „Süddeutsche Zeitung“ nehmen. Sie haben es ja so mit der Kultur. Da hat im Feuilleton in der Beirichterstattung über diesen fabelhaften

Auftritt mit Herrn Reich-Ranicki gestanden:

Er sagt zu allem nichts, aber das ausführlich.

Ich will an die Rede von Herrn Schröder vor zwei Tagen im Museum Koenig, 50 Jahre Parlamentarischer Rat, anknüpfen, und zwar an die Erklärung: Wir wollen keinen Wettbewerbsföderalismus. Ich sage Ihnen: In einer Zeit, in der die Herausforderungen groß sind, in der sich bei uns ungeheuer vieles an sozialen Verhältnissen ändert, auch in der Welt um uns herum, in der der Wettbewerb härter wird, kann man nicht einfach nur zurückblicken und glauben, man könnte die Leute mit den Parolen von vorgestern noch heute in den Besitzständen festhalten, die wir für die Zukunft ein Stück weit überprüfen müssen. Da ist der Satz „Wir wollen keinen Wettbewerbsföderalismus“ ein Programm für den Niedergang Deutschlands.

Unser System der Dezentralisierung, das unser Grundgesetz besser vorbereitet als die Verfassungen anderer Länder – Bund, Länder, Gemeinden, Tarifautonomie, Autonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Unabhängigkeit der Bundesbank, die zu akzeptieren Lafontaine noch heute schwer fällt; deswegen kritisiert er sie immer und sagt, die Bundesbank hätte in früheren Jahren die Zinsen senken müssen –, dieses Ordnungsprinzip der Dezentralisierung, mit der die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend verbessert hat, ist ein zukunftsfähiges Prinzip, aber nur unter der Voraussetzung, daß jeder seinen Teil an Verantwortung wahrnimmt und dann auch an dem Erreichten gemessen wird.

Herr Schröder, wir sind hier nicht im Niedersächsischen Landtag. Was dort zu machen ist, das kann Christian Wulff schon gut. Mei-

stens schweigen Sie auch auf seine entsprechenden Vorhaltungen.

Wenn Sie aber Kanzlerkandidat sind und Kanzler werden wollen, dann müssen Sie sich ein wenig an dem messen lassen, was Sie in acht Jahren zustande gebracht haben, und das ist miserabel in Niedersachsen.

Den Ausbildungsnotstand zu beklagen und auf den Vorhalt: „Warum ist die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg oder Bayern?“ zu sagen: „Ich verfüge nicht über die Makroökonomie“ ist eine so faule Ausrede; denn die Makroökonomie ist in Niedersachsen dieselbe wie in Bayern und Baden-Württemberg, aber die Landespolitik ist schlechter, und dafür tragen Sie Verantwortung.

Wir können Sie ja nicht an dem messen, was Sie als Kanzler einmal anrichten; vielmehr müssen wir – auch die deutschen Wählerinnen und Wähler – Sie an dem messen, was Sie bisher als Ministerpräsident zustande gebracht haben.

Sie sagen immer, 16 Jahre sei lange. Ja gut, das ist relativ. Ich sage immer – selbst Sie haben gesagt: der Bundeskanzler hat es in den 16 Jahren gut gemacht –: Wenn ich die Wahl habe zwischen einem, der es seit 16 Jahren gut macht, und einem, der es seit 8 Jahren nachweislich schlecht macht, dann ist mir der mit 16 guten Jahren viel lieber als der mit 8 schlechten Jahren.

Unser Bundesstaat, unsere Ordnung mit Subsidiarität und Dezentralisierung wird mit dem jetzigen Bundeskanzler um so besser gelingen und um so bessere Ergebnisse für die Menschen erzielen. Das ist wichtig. Deswegen ist dieses Wort vom Wettbewerbsföderalismus so sehr Gift und

so verräterisch für Ihre falschen Vorstellungen. Je mehr jeder seinen Teil an Verantwortung wahrnimmt, um so besser ist es. Hätten wir überall so erfolgreiche Landesregierungen, wie wir sie dort haben, wo die Union regiert – in Bayern, in Baden-Württemberg, in Sachsen und anderswo –, dann wäre es um ganz Deutschland besser bestellt.

Hätten wir überall so schlechte Ergebnisse wie im Saarland und in Niedersachsen, dann wäre es schlechter in Deutschland. Eine der großen Streitfragen, eine der Alternativen lautet: Dezentralisierung oder bürokratischer Zentralismus. Sie setzen auf zentralistische Regelungen. Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel: Tarifautonomie. Tarifautonomie gelingt nicht, wenn man sagt: Für die Lohnerhöhungen sind die Gewerkschaften verantwortlich, an der Arbeitslosigkeit ist die Regierung schuld. So geht es nicht. Jeder muß seinen Teil beitragen.

Deswegen will ich Ihnen die Sache mit der Lohnfortzahlung und auch die mit dem Schlechtwettergeld noch einmal erklären: Sie haben unrecht, wenn Sie sagen, das habe nichts genützt oder sei falsch oder sonst etwas. So sind Tarifautonomie und Dezentralisierung im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Was haben wir hier denn geregelt? Wir haben niemandem etwas verboten. Ich höre immer den Quatsch, auch die Vorstandsmitglieder würden 100 Prozent im Krankheitsfall bekommen. Ich weiß das gar nicht; ich weiß nur, daß es keine gesetzliche Regelung gibt, die das vorschreibt. Wir haben lediglich gesagt, der Gesetzgeber bestimmt nicht, daß die Lohnfortzahlung bei 100 Prozent liegen muß; vielmehr müssen 80 Prozent sein.

Die Tarifparteien können zwar mehr vereinbaren, aber sie müssen das dann so vereinbaren, daß das wirtschaftlich tragbar bleibt. Das System hat funktioniert. Diejenigen, die 100 Prozent Lohnfortzahlung

vereinbart haben, haben in denselben Tarifverträgen an anderer Stelle Einsparungen vereinbart, die die Lohnzusatzkosten um 20 Milliarden DM gesenkt haben. So senkt man Lohnzusatzkosten, und so schafft man Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze. Ihr Rezept bringt uns mehr Arbeitslosigkeit.

Wenn Sie das jetzt rückgängig machen würden, dann würden Sie den Fehler wiederholen, den Willy Brandt am Anfang seiner Regierungszeit gemacht hat. Er hat als Bundeskanzler eine Vollbeschäftigungsgarantie abgegeben und hat damit die Tarifpartner von der Verantwortung entbunden. Wenn Sie ankündigen, die 100-prozentige Lohnfortzahlung gesetzlich wieder einzuführen, dann muß dafür im Tarifbereich nicht mehr gespart werden. Kein Gewerkschafter wird mehr einen Tarifvertrag unterschreiben können, mit dem irgendeine Mark gespart wird, um so etwas zu regeln.

Hinsichtlich des Schlechtwettergeldes gilt dasselbe. Auch das wollen Sie rückgängig machen. Machen wir es ein bißchen spaßiger.

Die menschliche Natur ist eben so: Wenn es die Allgemeinheit bezahlt, daß ich nicht arbeiten muß, wenn es mir zu kalt ist, dann ist es mir ziemlich schnell kalt. Deswegen hatten wir in Deutschland längere Schlechtwetterperioden als in Schweden, obwohl es in Schweden kälter sein soll. Von daher ist die Regelung richtig, daß die Bundesanstalt einen Zuschuß bezahlt, aber die Bauwirtschaft einen Teil selber tragen muß. Auf die Weise überlegt sie, wie sie das erwirtschaften und trotzdem wettbewerbsfähig bleiben kann. So sind die Lohnzusatzkosten in der Bauwirtschaft gesenkt worden.

So schafft man Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze. Das ist unser Weg. Wir sind auf dem richtigen Weg; er muß weiterge-

gangen werden. Es darf nicht zur Rolle rückwärts kommen.

In einer Zeit, wo es weltweit und auch mitten in Europa ein Wohlstandsgefälle und viele Möglichkeiten zu intensiver Arbeitsteilung und enger Verflechtung gibt, stehen wir nicht nur bei der industriellen Produktion in Konkurrenz um jeden Arbeitsplatz, ob uns das gefällt oder nicht. Daß 14 Tage Urlaub in der Karibik billiger als im Schwarzwald angeboten werden, stellt, wie ich immer sage, für das Fremdenverkehrsgewerbe im Schwarzwald oder andere Problembereiche eine strukturelle Herausforderung dar.

Wenn wir in einer solchen Welt wettbewerbsfähig sein wollen, also die Grundlagen für Wohlstand, Beschäftigung, soziale Sicherheit auch für die Zukunft sichern wollen, müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen und konzentrieren. Deshalb ist es so wichtig, daß an unseren Schulen und Hochschulen Spitzenleistungen erbracht werden.

Das Versagen der SPD-geführten Länder in der Bildungspolitik ist daher eine Katastrophe im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands.

Sie bestreiten das. Vielleicht machen Sie den Fehler, Gerechtigkeit mit Gleichheit gleichzusetzen. Dieses Mißverständnis ist vielleicht gut gemeint – gut gemeint ist aber nicht immer gut gemacht. Auch im Wahlkampf muß man sich bei aller Gegensätzlichkeit nicht die guten Absichten absprechen, da die Wege eben doch unterschiedlich sind. Wer immer nur Gleichheit in den Vordergrund schiebt, wird unsere Stärken nicht ausnutzen und damit nicht den Vorsprung erzielen, den wir brauchen, um auszugleichen, was wir an höherem Wohlstand und damit auch an höheren Kosten haben. Deswegen ist Gleichheit als oberstes Ziel in der Bildungspolitik gefährlich. Wir brauchen Chancengleichheit,

müssen aber zugleich auch bestmögliche Ergebnisse fördern. Der Starke, der seine Leistung verweigert, handelt gegenüber dem Schwachen unsolidarisch. Deswegen ist all das kein Gegensatz, sondern die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Das gilt für die Schulen, für die Hochschulen und für die berufliche Bildung.

Natürlich ärgert sich mancher, der im Handwerk über Bedarf ausbildet. Man kann dem Handwerk nur dankbar sein, daß es diesen überdurchschnittlichen Beitrag in der Vergangenheit geleistet hat und auch gegenwärtig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes leistet.

Natürlich ärgert sich mancher, daß andere weniger leisten. Natürlich ist man dann der Versuchung nahe zu sagen: Können wir das nicht mit einer Abgabe oder Umlage anders regeln? Es ist menschlich, Gerechtigkeit mit Gleichheit gleichzusetzen. Aber, was passiert?

Erstens werden die Großen sagen: Da es ja eine Abgabe gibt, kaufen wir uns von der Verpflichtung zur Ausbildung frei.

Zweitens müßte jeder Betrieb mindestens einmal monatlich melden, wieviel Arbeits- und Ausbildungsplätze er hat. Dann muß festgelegt werden, welche Ausnahmen es geben soll und was sich daraus ergibt. Das Ganze muß dann kontrolliert werden.

Dann haben wir nicht nur eine neue Abgabe, sondern eine neue Bürokratie. Aber in Deutschland haben wir genügend Steuern, Abgaben und Bürokratie. Wir sollten keine neuen einführen. Damit würde man die Leistungsfähigkeit unseres beruflichen Systems schwächen.

Den konkreten Fragen nach modernem wissenschaftlichen Fortschritt und technologischer Erneuerung sind Sie ja ausgewichen. Sie haben weder etwas zum neuen Großflugzeug von Airbus, noch zu Transrapid gesagt. Es gilt wohl in der SPD im-

mer noch die Beschlußlage ihres letzten Parteitags, auf dem sie sich gegen den Bau der Transrapidstrecke von Hamburg nach Berlin ausgesprochen hat.

Ich sage Ihnen: Wenn wir in andere Länder und in andere Kontinente die Magnetschwebbahn-Technologie in den kommenden Jahren verkaufen wollen, aber auf die Frage: „Wo fährt diese Bahn bei euch?“ antworten: „Bei uns tut es auch die Postkutsche!“, dann kauft keiner diese Magnetschwebbahn.

Zu der vom Bundeskanzler angesprochenen Notwendigkeit haben Sie ebenfalls nichts gesagt: Wenn wir eine Zukunft mit mehr Arbeitsplätzen, mit weiterem wirtschaftlichen Wohlstand, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit wollen, dann müssen wir beispielsweise im Bereich der Chemie und der Pharmazie an der Spitze bleiben.

Dazu ist es eben notwendig, daß die modernen Formen von chemischer und pharmazeutischer Forschung und Produktion in Deutschland stattfinden. Daher war es richtig, daß wir gegen Ihren Widerstand das Gentechnikgesetz noveliert haben.

Man muß die Frage stellen, warum diejenigen Unternehmen im Bereich der Biotechnologie, die jetzt wieder nach Deutschland zurückkehren, nicht in SPD-regierte Länder wie zum Beispiel Niedersachsen gehen, sondern in Länder, wo CDU oder CSU die maßgebliche Regierungsverantwortung tragen. Sie wissen nämlich:

Wo Rot-Grün regiert, da nützt das beste Bundesgesetz nichts, weil es dort den ausstiegsorientierten Vollzug gibt. Das ist Gift für die Zukunft.

Sie bekommen nicht mehr Arbeitsplätze in Deutschland, wenn Sie weniger Arbeitgeber haben. Wenn Sie den Neid als Mittel der polemischen Propaganda nutzen, werden Sie das Land nicht voranbringen, sondern zurückstoßen. Das ist die Wahrheit. Die Ausnutzung von Neid und Angst ist nicht zukunftsträchtig.

Deswegen sagen wir, daß wir den Menschen ein Stück weit Mut machen müssen.

Wir müssen aber auch die Lage realistisch beschreiben. Natürlich gibt es Probleme. Keiner von uns – ich genauso wenig wie andere – steht im Verdacht, daß er Probleme verschweigen würde. Aber wer bestreitet, daß wir in diesem Lande gut vorangekommen sind, oder wer den Satz von Kurt Biedenkopf, den Helmut Kohl heute wiederholt hat, bestreitet, daß es den Deutschen in diesem Jahrhundert wahrscheinlich nie so gut ging wie am Ende dieses Jahrhunderts, der nimmt doch den Menschen den Mut und die Motivation, Zukunft zu gestalten. Ein solches Vorgehen ist deshalb Unfug.

Wer sich mit den Sorgen der Menschen in den neuen Ländern beschäftigt, der muß so viel Kraft haben, Solidarität einzufordern, wie sie der Bundeskanzler heute bewiesen hat. Dazu gehört auch Finanzminister Theo Waigel, der die Solidarität seit Jahr und Tag im Haushalt in Zahlen umsetzt.

Seit 1993 sinken die Ist-Ausgaben im Bundeshaushalt Jahr für Jahr, obwohl die Leistungen für den Aufbau der neuen Bundesländer in dieser Zeit nicht gesunken sind. Das ist praktische Solidarität. Dies darf man nicht leugnen, sonst verrät man die deutsche Einheit.

Natürlich haben die Menschen gewaltige Verwerfungen zu bewältigen. Viele der Arbeitsplätze sind weggefallen. Dies war im übrigen nicht Folge von Treuhand und so-

zialer Marktwirtschaft, sondern die Folge des Sozialismus.

Aber wahr ist auch: Den älteren Menschen geht es heute viel besser, als sie es sich zu Zeiten der DDR jemals haben träumen lassen.

Wer wie Sie über Renten redet, sollte dazusagen, wie hoch die Renten in der früheren DDR für diejenigen gewesen sind, die nicht Zusatzrenten wegen partei- oder systemnaher Tätigkeit bekommen haben: Die Höchstrente betrug 490 Mark der DDR.

Lassen Sie sich von meiner Kollegin Hannelore Rönsch einmal erzählen, wie die Einrichtungen für Behinderte in der DDR vor der Wende ausgesehen haben. Dann reden Sie nicht mehr von sozialer Gerechtigkeit zu Zeiten der deutschen Teilung, sondern darüber, welche Wärme in diesem Land erreicht worden ist.

Im Zusammenhang mit der Rente will ich auch noch das sagen: Wir haben die schwere Verantwortung, unser Land voranzubringen. Dazu braucht man viel Solidarität. Wenn man die Worte der beiden großen Kirchen ein bißchen weniger instrumentalisiert – insofern, als man nicht nur einzelne Passagen herauszieht –, dann erkennt man die Sorge, daß steigender Wohlstand nicht unbedingt die Gemeinschaftskräfte stärkt, sondern möglicherweise eher dazu führt, daß der Egoismus wächst. Deswegen brauchen wir eine stärkere Orientierung an Werten, wie sie zum Beispiel die Familie vermittelt.

Deswegen ist es grundfalsch, wenn Sie in einer Bilanz der vergangenen 16 Jahre verschweigen, daß die Familienpolitik in Deutschland in der Regierungszeit Helmut Kohls und unserer Koalition der Mitte auf eine neue, moderne, zukunftssträchtige Grundlage gestellt worden ist.

Wir haben die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung eingeführt. Wir haben Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld eingeführt. Und in den Ländern, in denen CDU oder CSU regieren, gibt es das Landeserziehungsgeld, während es das in denen, wo die SPD regiert, nicht gibt. Das zeigt: Wir stehen für Familie und Wertorientierung – und Sie eben nicht. An diesen Unterschied muß man denken. Das ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Es hat doch keinen Sinn, im Zusammenhang mit der Rente ständig für alle Probleme irgendwelche Minderheiten zu Sündenböcken zu machen. Die Rentenversicherung hat ein objektives Problem, das sich aus der demographischen Entwicklung sowie aus der Entwicklung von Ausbildungszeiten und Arbeitsmarkt ergibt. Das kann niemand bestreiten. Wer aber wie Lafontaine, Scharping und Schröder den Menschen einredet, die Fremdrenten seien das einzige Problem in der Rentenversicherung, der täuscht.

Unsere Rentenversicherung ist ein Generationenvertrag. Die jeweils Erwerbstätigen zahlen mit ihren Beiträgen nicht ihre eigenen Renten, sondern die Renten der jeweils Älteren. Wie hätte man denn nach dem Krieg eine Rentenversicherung aufbauen wollen? Hätte man 30 Jahre lang Beiträge sammeln sollen, um erst dann Renten auszuzahlen? Das ist doch grober Unfug; das geht gar nicht. Bei der Pflegeversicherung war das genau das gleiche. Wir haben ein System der Umlage zwischen den Generationen, Solidarität zwischen den Generationen. Später zahlen die Kinder. Unsere Rentenversicherung bedeutet: Wenn eine neue Bevölkerungsgruppe dazukommt – zum Beispiel die Menschen aus Ostdeutschland, der früheren DDR –, dann kommt sie entweder ganz in das Rentensystem oder gar nicht. Die Lösung, die Sie haben, nach der die Erwerbstätigen in Thüringen und Meck-

lenburg-Vorpommern zwar Beiträge zahlen sollen, aber die Rentner in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern keine Rente bekommen sollen, ist gegen das Prinzip unserer Rentenversicherung und gegen das Prinzip nationaler Solidarität in Deutschland.

Sie können für die Aussiedler eine eigene Kasse auflegen. Bei gleich hohen Beitragssätzen würde diese einen Überschuß aufweisen; denn die jungen Aussiedler zahlen mehr Beiträge, als die älteren Aussiedler heute an Rente bekommen.

Wenn das Ausbildungsalter schon steigt, das Rentenalter sinkt und die Lebenserwartung steigt, dann darf das Ausbildungsalter nicht noch höher werden. Deswegen hat die Bildungspolitik auch für die Rentenversicherung eine Bedeutung. Das Durchschnittsalter bei Abschluß der Ausbildung beträgt heute 24 Jahre und steigt weiter an. Wir brauchen Zeit zum Umsteuern. Wenn man sich ein wenig versteuert, dann korrigiert man das eben; daran ist nichts Schlimmes. Wer nicht bereit ist, zuzugeben, daß er einmal etwas nicht richtig vorausgesehen hat, und aus Erfahrungen zu lernen, der ist nicht politik- und zukunfts-fähig. Grundsätzlich aber muß die Rentenaltersgrenze allmählich nach oben geschoben werden.

Im übrigen sollten Sie nicht versprechen, dies rückgängig zu machen. Die finanzielle Belastung auf Grund der steigenden Lebenserwartung kann, wenn die Rente sicher bleiben soll, nicht mehr ausschließlich von den zukünftigen Beitragszahlern getragen werden; sie muß vielmehr hälftig verteilt werden. Dadurch sinken die Renten nicht. Sie steigen auch in Zukunft, aber langsamer als in der Vergangenheit.

Mit Ihrer Debatte um das Niveau täuschen Sie die Menschen. Sie reden ihnen ein, daß die Renten sinken. Die allermeisten älteren

Mitbürger aber sagen: Wenn die Rente sicher bleibt und die Währung so stabil, wie sie es mit Helmut Kohl und Theo Waigel in Deutschland geworden ist, dann akzeptieren wir, daß die Renten in Zukunft langsamer steigen. Das ist soziale Sicherheit; und dazu gibt es keine Alternative.

Und wissen Sie: Wenn Sie die Lohnsatzkosten senken wollen, müssen Sie sparen. Das ist genauso wie bei den öffentlichen Haushalten. Dazu müssen Sie in der Lage sein. Sie aber kündigen an, man mache die Rentenreform rückgängig und senke die Beitragssätze. 1994 ist es dem Kollegen Scharping passiert, daß er brutto und netto verwechselt hat. Jetzt verwechseln Sie plus und minus; das ist ja noch schlimmer. Die Ausgaben steigen, die Einnahmen sinken – das geht nun wirklich nicht.

Herr Schröder, Sie haben auch von der Gesundheitsreform gesprochen. Was Sie zu den chronisch Kranken gesagt haben, war schon ziemlich unglaublich.

Wir wollen es Ihnen also noch einmal verdeutlichen: Die Zuzahlung für Medikamente ist bei chronisch Kranken auf 1 Prozent des Verdienstes begrenzt. Darüber hinaus gibt es sozial Schwächere, und von denen haben Sie gesprochen, Herr Ministerpräsident. Deswegen haben Sie eigentlich noch mehr getäuscht. Sozial Schwächere sind nämlich von der Zuzahlung befreit.

Es gibt 20 Millionen Menschen in Deutschland, die überhaupt keine Zuzahlung leisten müssen. Deswegen, Herr Ministerpräsident Schröder, ist das, was Sie gesagt haben, eine schlimme Verhetzung der Menschen in Deutschland.

Natürlich weiß ich, daß die Versuchung groß ist. Die Menschen, die für Medikamente eine geringe Eigenleistung erbringen müssen – die chronisch Kranken 1 Prozent, die anderen 2 Prozent –, freuen

sich nicht darüber. Aber was soll man denn machen, wenn die gesetzliche Krankenkasse 1996 Medikamente im Wert von 8 Milliarden DM bezahlt hat, die dann auf dem Müll gelandet sind?

Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie die Methode der SED/PDS wählen wollen. Man könnte diese Verschwendung natürlich bekämpfen, indem man immer dann, wenn jemand eine Apotheke verläßt, diesen beobachten läßt und kontinuierlich kontrolliert, ob er die Medikamente auch einnimmt. Aber wenn man das nicht will, dann muß man an die Eigenverantwortung der Menschen und an ihr eigenes Interesse appellieren. Es hilft nichts; die Menschen gehen mit anderer Leute Geld immer großzügiger um als mit dem eigenen. Deswegen ist eine begrenzte Zuzahlung der einzige Weg, um sparsam zu wirtschaften. So erhalten wir das bestmögliche System gesundheitlicher Versorgung.

Für Sie ist doch Tony Blair das Vorbild – obwohl er sich dagegen wehrt. Das kann ich auch verstehen. Ihr Ruf in der internationalen Presse ist ja nicht mehr sehr gut. Selbst der „Economist“ schreibt: Würden Sie von dem einen Gebrauchtwagen kaufen? Ich denke auch an das, was die „Financial Times“ geschrieben hat; das ist schon schlimm.

Wenn Sie sich aber so auf England berufen, dann muß ich Ihnen sagen: In England zahlt das staatliche Gesundheitssystem teure Operationen wie das Einsetzen eines Herzschrittmachers oder eines künstlichen Hüftgelenks nicht, wenn der Patient älter als 60 Jahre ist, weil man sagt: Das lohnt doch nicht mehr in deinem Alter.

Das ist nicht unsere Vorstellung. Unsere Vorstellung ist: Jeder soll die bestmögliche gesundheitliche

Versorgung erhalten. Das aber ist teuer, und deswegen muß man sparsam wirtschaften. Anderenfalls kann man es nicht für die Zukunft sichern.

Wir sind übrigens mit dieser Politik auf dem richtigen Weg. Das haben Sie bei Ihrem Horrorgemälde ganz vergessen. Wir haben in Deutschland in diesem Jahr, 1998, eine der stärksten Wachstumsentwicklungen unter allen vergleichbaren Industrieländern.

Wir haben glänzende Prognosen der OECD, wir haben glänzende Urteile der OECD. Dies ist gerade die Folge unserer Reformpolitik. Sie werden in der internationalen Presse doch deswegen so kritisiert, weil Sie das rückgängig machen wollen und den Anspruch haben, Sie würden Deutschland dann in eine gute wirtschaftliche Zukunft führen. Das geht nicht. Unsere Reformen, unser Weg der Dezentralisierung, die Mitwirkung von Arbeitgebern, Wirtschaft und Gewerkschaften, haben dazu geführt. Die Lohnzusatzkosten sinken im Jahr 1998, die Lohnstückkosten sind seit drei Jahren rückläufig. Die Mark ist stabil wie nie zuvor. Das Zinsniveau ist auf einem historischen Tiefstand. Die Auslandsinvestitionen sind als Folge unserer Reformpolitik in einem drastischen Ausmaß wieder gestiegen. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir auch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um eine Dreiviertelmillion in wenigen Monaten haben. Wir haben immer noch zuviel Arbeitslose. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Deswegen darf es keine Rolle rückwärts geben.

Zur Steuerreform. Wir haben so oft darüber diskutiert, man ist es fast schon leid. Aber Sie machen hier wirklich ein Schurkenstück.

Wir waren alle Zeugen, als Bundesfinanzminister Waigel gestern gesagt hat: Als Folge unserer Finanzpolitik haben wir den

Spielraum bereits im Haushalt 1999 – den beraten wir nämlich zur Zeit – für eine Nettoentlastung von 10 Milliarden DM. Deswegen hat er gesagt: Wir könnten einen ersten Schritt der Steuerentlastung bereits zum 1. Januar 1999 in Kraft setzen bei einer Gegenfinanzierung von etwa 10 Milliarden DM durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Eine Nettoentlastung von 10 Milliarden DM gibt ein Volumen für eine Steuersatzsenkung zum 1. Januar 1999 von 20 Milliarden DM.

Jetzt sagen Sie – dies habe ich mit dem Wort „unanständig“ bezeichnet –, das sei nun eine Annäherung an das SPD-Konzept. Was der Bundesfinanzminister gesagt hat, kann man doch nicht verwischen und verzerren. Man kann anderer Meinung sein, aber man soll doch nicht falsches Zeugnis gegen ihn reden. Er hat gesagt, das hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn wir in demselben Gesetz zugleich die gesamte Steuerreform beschließen. Die müssen wir in zwei Stufen bis zum Jahr 2002 in Kraft setzen. Das war vor ein paar Jahren übrigens auch schon so. Die erste Stufe macht nur einen Sinn, wenn die zweite Stufe gleich mit beschlossen wird. So geht es, und so schaffen wir es auch.

Ihre ganze Demagogie gegen alle Vorschläge, die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, ist herzerreißend. Eigentlich wettern Sie gegen die Ausnahmen von der Besteuerung. Aber wenn man sich daranmacht, haben Sie – Lafontaine hat es gestern wieder vorgeführt – eine sehr seltsame Sprache. Es ist furchtbar, wie Sie das diffamieren.

In Wahrheit ist es so: Wenn wir alle Steuersätze um etwa ein Drittel senken, dann müssen wir auch möglichst alle Ausnahmen von der Besteuerung beseitigen. Dann zahlen trotzdem alle weniger Steuern. Deswegen haben wir auch eine Nettoentlastung von 30 Milliarden DM, die Sie nicht wollen.

Es ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, in derselben Rede zu sagen, wir sind gegen eine richtige Nettoentlastung, und gleichzeitig zu behaupten, wir senken aber stärker die Steuern als ihr. Da haben Sie schon wieder plus und minus verwechselt.

Wir haben eine Nettoentlastung vorgesehen. Deshalb zahlen mit unserer Steuerreform alle weniger Steuern. Nur so geht es.

Mit der Haushaltspolitik des Bundes schaffen wir den Spielraum für Nettoentlastungen. Mit der Haushaltspolitik von Regierungen, in denen CDU und CSU und in Baden-Württemberg CDU und FDP regieren, schaffen wir auch den Spielraum auf Länderebene für Steuerentlastungen. Nur wer sparsam wirtschaften kann, kann auch Steuern senken. Anders geht es nicht. Das ist die Alternative.

Ein Letztes möchte ich in diesem Zusammenhang noch sagen: Wir haben in dieser Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl die Kraft aufgebracht, auch schwierige Entscheidungen durchzusetzen. Wer ein wenig Verstand hat und sich ein wenig aus der Leidenschaft des Wahlkampfes befreien kann, wird doch zugeben, daß es eine politische Herkulesarbeit war, vier Monate vor einer Bundestagswahl die Entscheidung für die Europäische Währungsunion vertrags- und termingerecht durchzusetzen.

Es war eine Großtat dieser Regierung von Helmut Kohl und dieser Koalition, die Entscheidung für die wirtschaftliche Integration Europas zustande zu bringen.

Wenn wir uns in diesen Tagen die Entwicklung rund um die Welt und die Sorgen in Rußland anschauen – der Bundeskanzler hat eindringlich darüber gesprochen –, dann bin ich jedesmal, wenn ich eine entsprechende Meldung lese oder höre, froh

und dankbar, daß wir gegen den Widerstand von Rotgrün die Entscheidungen für die europäische Integration zustande gebracht und die NATO so wirkungskräftig gehalten haben. So einfach und klar ist es: Das ist der bessere Weg für die Zukunft.

Wir werden im kommenden Jahrhundert darauf angewiesen bleiben, verlässliche Partner zu haben. Das heißt, wir müssen selber verlässlich bleiben. Wer in den vergangenen Jahren so oft das Gegenteil geredet hat wie Schröder, Fischer, Trittin und Lafontaine, der ist außenpolitisch nicht berechenbar und gewinnt keine verlässlichen Freunde, sondern wird uns in die Isolierung führen.

Dazu paßt ja das Geschwätz Ihres Wirtschaftsministerkandidaten vom deutschen Sonderweg. Könnte es etwas Dümmeres am Ende dieses Jahrhunderts geben? Es gibt keinen deutschen Sonderweg, sondern nur den Weg von Wettbewerbsfähigkeit und Integration.

Unser Weg für die kommenden Jahre ist klar.

Jedermann weiß es, und darüber ist zu entscheiden. Wir gehen den Weg außenpolitischer Verlässlichkeit. Wir gehen den Weg europäischer Integration. Wir gehen den Weg der Solidarität in Deutschland und in Osteuropa. Wir konzentrieren uns darauf, uns auf unsere Stärken zu besinnen und nicht über die Schwächen zu lamentieren. Wir gehen den Weg, unsere Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, um den wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten und die Mittel für soziale Gerechtigkeit zu haben. Es nützt doch alles nichts: Wenn man nicht wirtschaftlich leistungsfähig ist, hat man auch keine soziale Gerechtigkeit.

Angesichts des neuen Weges der SPD, ein Zerrbild von der sozialen Wirklichkeit zu zeichnen, muß man doch einmal sagen:

Diese Regierung und diese Koalition haben der Familie einen neuen Stellenwert gegeben. Diese Regierung und diese Koalition haben der Solidarität mit den Menschen in Ostdeutschland eine hervorragende Bedeutung gegeben.

Diese Regierung und diese Koalition haben die Pflegeversicherung geschaffen und damit bewiesen, daß man auch in schwierigen Zeiten die Kraft zur Prioritätensetzung haben kann. Das ist praktizierte Politik für soziale Sicherheit, nicht das Neidgerede der SPD.

Aber dazu muß man Freiheit und Verantwortung sowie Leistung und Solidarität in einem Zusammenhang sehen. Wer es voneinander trennt, weil er den Wettbewerb nicht will oder ihn fürchten muß, ist weder zu Leistung noch zu Solidarität in der Lage. Deswegen ist unsere an Werten orientierte, auf Werte und Institutionen gegründete Politik die für die Zukunft bessere.

Wir haben am Ende dieses Jahrhunderts schwierige Herausforderungen und große Veränderungen. Wir haben aber auch große Chancen. Wir haben viel Grund zur Dankbarkeit für das, was diesem Land nach solchen Katastrophen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in den zweiten fünfzig Jahren geschenkt worden ist.

Wir haben Grund, auf das stolz zu sein, was wir mitgestaltet haben. Wir haben es nicht alleine gestaltet. Politik gestaltet nicht alleine, auch keine Regierung. Aber wir haben Rahmenbedingungen geschaffen und haben mit Fleiß, Tüchtigkeit, Engagement und mit Unterstützung der Menschen ein liebenswürdiges und lebenswertes Land geschaffen. Dafür in den kommenden Jahren miteinander zu arbeiten lohnt die Anstrengung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland wird zum Gründerland!

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln spricht von einer „Gründerwelle“. Die Deutsche Ausgleichsbank von einem „Gründungsieber“. Kurz: Deutschland wird zum Gründerland. Letztes Jahr entstanden rund 530.000 neue Unternehmen. Das bedeutet unterm Strich 90.000 zusätzliche Unternehmen für das Jahr 1997. Diese 90.000 Unternehmen haben in Deutschland mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Union steht dafür ein, daß die neue Gründerkultur in Deutschland durch politische Initiativen weiter gefördert wird.

Die Selbständigenquote steigt bei uns langsam, aber stetig: Sie ist in den vergangenen Jahren von 8,8 % auf nun fast 10 % angewachsen. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen: Die Deutsche Ausgleichsbank hat in diesem Jahr in den alten Ländern bereits 28 % mehr Gründerdarlehen vergeben als im Vorjahreszeitraum. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEI) stellt Deutschland bei der Bereitstellung von Wagniskapital ein exzellentes Zeugnis aus: „Deutschland ist dabei, zu einem der interessantesten Venture-Capital-Märkte der Welt zu werden.“

● Gründungsdynamik in innovativen Bereichen

In innovativen Branchen und Schlüsseltechnologien von Biotechnologie bis Multimedia ist die Gründungsdynamik besonders hoch:

- Mittlerweile gibt es bei uns über 400 Biotechnologie-Unternehmen in nur zwei Jahren.

- Die Zahl der jährlichen Neugründungen im Multimedia-Bereich hat sich verdreifacht.
- In der Spitzentechnik sind die Neugründungen in Westdeutschland insgesamt in den letzten vier Jahren um 15% gestiegen,
- in der höherwertigen Technik um 40% und
- bei den technologieorientierten Dienstleistungen um 55%.

Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

- Auch in Ost-Deutschland wachsen die Gründerzahlen wieder. Sie liegen deutlich über West-Niveau.

Gründen schafft Arbeitsplätze – neue, zukunftssichere Jobs, die wir in Deutschland besonders auf Existenzgründungen im Bereich der neuen Technologien setzen. Denn neue Arbeitsplätze und neue Ausbildungsplätze entstehen nicht da, wo die alten verloren gingen. Mit Beteiligungskapital finanzierte High-Tech-Unternehmen sind besonders wichtig, weil sie überdurchschnittlich viele neue Arbeitsplätze schaffen: Jedes dieser High-Tech-Unternehmen beschäftigt im 4. Jahr nach der Gründung im Durchschnitt bereits 23 Mitarbeiter, viele wollen ihre Belegschaft noch in diesem Jahr um ein Drittel aufstocken.

● Deutscher Markt für Wagniskapital im Aufwind

Beim Wagniskapital für innovative Unternehmensgründungen haben wir in

Deutschland den Durchbruch geschafft. 1997 wurden in Deutschland 71% aller Seed-capital-Finanzierungen in Europa bereitgestellt. Die Beteiligungskapitalförderung meines Ministeriums, das BTU-Programm, hat entscheidend dazu beigetragen: 1997 konnten wir mehr als 450 Mio. Mark an Kapitalbeteiligungen über das BTU-Programm mobilisieren, eine Steigerung um über 400% innerhalb von drei Jahren. Das ist neuer Rekord! Der Trend zeigt weiter nach oben: Für dieses Jahr erwarte ich eine Steigerung auf 750 Mio. Mark. Und 1999 werden wir die Milliardengrenze überschreiten.

Die ausländischen Investoren haben den deutschen Wagniskapital-Markt entdeckt. Dafür spricht eine weitere Zahl: Deutsche Fonds haben 1997 achtmal soviel Kapital eingeworben wie 1996. Der enorme Zuwachs zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.

● **Auf Gründertour durchs Gründerland**

Wir brauchen 500.000 Unternehmer mehr, wenn wir den OECD-Durchschnitt bei der Selbständigenquote erreichen wollen. Mit gezielten Initiativen will ich der Gründungsdynamik in Deutschland noch mehr Schub geben. Gute Konzepte dafür entstehen nicht am grünen Tisch. Deshalb mache ich eine Gründertour durch ganz Deutschland. Ich treffe dabei über 100 innovative Unternehmerinnen und Unternehmer aus allen Regionen des Landes. Mit ihnen diskutiere ich und werbe in der Öffentlichkeit für Selbständigkeit und Existenzgründungen. Ich will ganz konkret helfen und lernen, damit wir unser Ziel „500.000 neue Unternehmen“ in den nächsten Jahren erreichen. Nach der Halbzeit meiner Gründertour halte ich drei Punkte für besonders wichtig:

● **Wege zu mehr Existenzgründungen in Deutschland**

Ausbau des Meister-BAföG:

Wer mehr Unternehmer will, muß mehr Wege in die Selbständigkeit aufzeigen. Was zählt, ist die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Ein Handwerksmeister ist mir genauso wichtig wie ein Rechtsanwalt oder ein Architekt. Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode das Meister-BAföG als einziges neues Leistungsgesetz durchgesetzt.

Bis zur Jahrtausendwende stehen allein im Handwerk rund 200.000 Betriebsübernahmen an, in den übrigen Bereichen noch einmal 500.000. Von den 100.000 jungen Leuten, die jetzt Meister-BAföG erhalten, werden sich 70.000 in den nächsten Jahren selbständig machen.

Rund 60.000 neue Arbeitsplätze können so entstehen. Deshalb brauchen wir diese Firmen genauso dringend wie Technologiefirmen, und wir werden sie genauso behandeln wie High Tech-Investitionen.

Das Ziel von CDU und CSU ist, die Zahl der Geförderten beim Meister-BaföG auf 100.000 pro Jahr zu verdoppeln. Gemeinsam mit Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel habe ich dazu Eckpunkte vorgelegt. Wir werden gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode vorschlagen, den Zuschußanteil der Unterhaltsbeiträge beim Meister-BAföG um 50 Prozent – d. h. von heute 383 DM auf künftig 533 DM – anzuheben. Außerdem wollen wir die Anreize für Existenzgründer mit dem Meister-BAföG ausbauen.

Ausbildung zur Selbständigkeit:

Die Einstellung zur Selbständigkeit wird bereits in der Schule geprägt. Das BMBF hat vor kurzem eine Schulbuchstudie durchführen lassen. Ergebnis: In den führenden deutschen Schulbüchern gibt es

praktisch kein Unternehmerbild. Der ideenreiche Unternehmer bleibt für deutsche Schüler eine unbekannt GröÙe. Keine Rede davon, wie findige Ingenieure und Unternehmer den Grundstein für Wirtschaftswachstum und industrielles Leistungsvermögen in Deutschland gelegt haben.

Ich bin der Auffassung: Die Länder, die für die Lehrpläne verantwortlich sind, müssen das Thema unternehmerische Selbständigkeit stärker in der Schulbildung verankern. Auch unser Bildungswesen muß besser auf eine berufliche Selbständigkeit vorbereiten.

Wir haben 326 Hochschulen in Deutschland. Hier gibt es schon jetzt viele junge Menschen mit Gründerideen und Begeisterung für die Selbständigkeit. Man kann sich vorstellen, welche Dynamik von diesen Hochschulen ausgehen könnte, wenn bei den Absolventen die Gründung eines Unternehmens zum Regelfall wird. Ich habe deshalb einen Wettbewerb „EXIST – Existenzgründer aus Hochschulen“ ausgeschrieben. Damit wollen wir den Gründergeist an den deutschen Hochschulen wecken. Dieser Wettbewerb ist schon jetzt eine Erfolgsstory: Über 200 Hochschulen haben sich beteiligt. Das BMBF fördert die Umsetzung der fünf Gewinnerkonzepte der Hochschulen Ilmenau, Dresden, Wuppertal, Karlsruhe und Stuttgart mit insgesamt 45 Millionen Mark bis Ende 2001.

Business Angels Netzwerk Deutschland (BAND)

Business Angels sind erfahrene Manager und Unternehmer, die junge Menschen beraten und ihnen mit Kapital helfen. Seit Jahren gehören sie in Amerika zu den großen Förderern einer innovativen Gründerkultur. Dort gibt es zur Zeit rund eine Viertelmillion Business Angels. Doch Leute mit Herz und Erfahrung gibt es auch in Deutschland: Experten schätzen, daß es schon heute auch bei uns etwa 27.000 Bu-

siness Angels gibt, die jedes Jahr mehr als 1 Mrd. DM in allen Phasen der Unternehmensentwicklung investieren. Experten schätzen die Zahl potentieller Business Angels für Deutschland auf mehr als 200.000, deren mögliches Investitionsvolumen auf eine Größenordnung von 9 bis 13 Mrd. DM pro Jahr.

Gemeinsam mit DIHT und BDI habe ich deshalb eine Initiative für innovative und technologieorientierte Gründer, das „Business Angels Netzwerk Deutschland“, ins Leben gerufen. Das Business Angels Netzwerk ist mehr als eine neue Infrastruktur für Kapital und Beratung. Es ist der Versuch, einer neuen, von Gemeinsinn geprägten Kultur der Selbständigkeit in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Es hat beste Startbedingungen. Denn es ist keine Einzelaktion, sondern eine gut fundierte und sorgfältig vorbereitete Initiative fachkundiger Partner.

Die Alternativen für die nächsten vier Jahre sind damit klar: CDU und CSU wollen eine Legislaturperiode des Mittelstandes: Mit der Steuerreform, mit der neuen Meister-BAföG-Initiative und mit Maßnahmen für Existenzgründer. SPD und Grüne dagegen wollen die Belastbarkeit des Mittelstandes testen: Mit Mindeststeuer, Vermögenssteuer und mit einer Lehrstellenabgabe. Schröder schwelgt in abgekupferten Innovationsphantasien und redet von einer stärkeren Förderung von Wissenschaft und Forschung, aber Niedersachsen ist neben dem Saarland und Schleswig-Holstein das Land mit den niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben für Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Niedersachsen: 1,19 Milliarden, Saarland 1,18 Milliarden, Schleswig-Holstein: 1,16 Milliarden). In Niedersachsen gab es 1993–1996 im High-Tech-Bereich pro 10.000 Erwerbstätige im Durchschnitt gerade mal eine Gründung. **Mein Fazit: Rot-Grün – der Sargnagel des Innovationsstandortes Deutschland.**

Die Union hält an der großen Steuerreform fest

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur großen Steuerreform. Wir werden sie unmittelbar nach der Bundestagswahl wieder einbringen. Niedriger – einfacher – gerechter sind die Kernelemente. Bürger und Unternehmen wollen wir netto um 30 Milliarden DM entlasten.

Es ist möglich, daß bereits ab dem 1. Januar 1999 weniger Steuern zu zahlen sind. Zur Stärkung des Investitionsstandortes Deutschland kann eine erste spürbare Entlastung schon zum 1. Januar 1999 wirksam werden. Die verbleibenden Reformelemente können dann ab dem Jahr 2000 in Kraft treten. Dabei muß das Gesamtpaket aber in einem Gesetz verabschiedet werden.

Mit dem zeitgleichen Signal zum 1. Januar 1999 unterstreichen wir: Deutschland geht als konkurrenzfähiger Steuerstandort in die Zukunft. Das wird die Investitionsentscheidungen positiv beeinflussen. Wir schaffen vor allem auch Vorsorge für die Stärkung der inländischen Wirtschaftsentwicklung.

Eckpunkte:

- Senkung des Höchstsatzes für gewerbliche Einkünfte von 47 Prozent und des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene

Gewinne von 45 Prozent auf 40 Prozent, des Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne von 30 auf 28 Prozent. Damit erreichen wir eine erhebliche Annäherung an das niedrigere internationale Niveau der betrieblichen Steuerbelastung, die für Standortentscheidungen von entscheidender Bedeutung ist.

- Senkung des Eingangssteuersatz von 25,9 Prozent auf nahe 20 Prozent und des Höchststeuersatzes von derzeit 53 auf 47 bis 48 Prozent. Damit wird deutlich: Arbeit lohnt sich stärker.
- Die gesamte Bruttoentlastung von gut 20 Milliarden DM wollen wir zur Hälfte durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen finanzieren. Damit verbleibt eine echte Nettoentlastung von rund 10 Milliarden DM, die allen Steuerzahlern – Privaten und Betrieben – zugute kommt.

Wir wollen die günstige wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Monate nutzen, um die Nettoentlastung ohne Erhöhung der Kreditaufnahme zu finanzieren. Dies ist realistisch, weil die die gute Wirtschafts- und die sich verbessernde Arbeitsmarktlage die öffentlichen Haushalte entlasten. Das niedrige Zinsniveau hält die Zinsausgaben gering. Die Steuer-

Nur ein Drittel hält Grüne für regierungsfähig

Nur ein Drittel der Deutschen hält die Grünen für fähig, auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für die in Hamburg erscheinende Zeitung „Die Woche“. Fast zwei Drittel der 1.002 Befragten bezweifeln, daß die Grünen in der Lage sind, im Bund mitzuregieren. Selbst von den eigenen Anhängern halten zwölf Prozent die Grünen auf Bundesebene nicht für regierungsfähig.

Schröder ist der einzige Schauspieler, der froh wäre, wenn er keinen Oskar hätte

Gerhard Schröder hat schon Pech: Da spielt er mit großem Einsatz wochenlang das Stück „Die neue Mitte“, gibt als Zugabe „Große Koalitionen sind prima“ und dann muß er in der Haushaltsdebatte am 3. September auf Weisung seines Parteichefs Oskar Lafontaine das alte rote-grüne Lied wieder anstimmen.

Aber Oskar Lafontaine macht noch mehr Druck und nimmt dem armen Gerhard Schröder auch noch das letzte Spielzeug weg: Nicht einmal über einen Koalitionspartner darf er im Falle eines Falles mitreden. Darüber entscheiden die Parteigremien, also der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine oder ein SPD-Parteitag. Und was Oskar Lafontaine auf SPD-Parteitag

macht, da kann schon der Herr Scharping ein trauriges Liedchen von singen.

Auch beim Thema „Transrapid“ hat Lafontaine Schröder zurückgepfiffen. Die Verwirrung der SPD entwickelt sich: Schröder nennt das Ja zum Transrapid eine Bedingung für Rot-Grün, Lafontaine erklärt das Nein zum Transrapid.

Andreas Schmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundstagsfraktion: Jetzt weiß jeder, was man immer schon geahnt hat: Gerhard Schröder ist und bleibt der Kandidat von Oskars Gnaden. Wer sich von Schröders Phantom-Mitte einseifen läßt, wird vom linken Oskar Lafontaine rasiert.

einnahmen haben sich wieder deutlich erhöht. Im übrigen wird die frühzeitige Steuerentlastung über verstärktes Wachstum sich selbst tragen. Mit dieser ersten Stufe wollen wir über die Verwirklichung der gesamten großen Steuerreform entscheiden. Sie soll einen Eingangsteuersatz von 15 Prozent, einen Körperschaftsteuersatz von 35 Prozent für einbehaltene und 25 Prozent für ausgeschüttete Gewinne, einen Steuersatz auf gewerbliche Einkünfte von 35 Prozent und einen Höchststeuersatz von 39 Prozent bringen; zahlreiche Steuervergünstigungen werden dafür wegfallen.

Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Lafontaine, die CDU würde das SPD-Steuerkonzept übernehmen, sind ebenso falsch und populistisch, wie die immer wieder vorgebrachte Behauptung, Spitzenverdiener würden entlastet und Arbeitnehmer zu

den Verlieren zählen. Durch das gebetsmühlenartige Wiederholen von pauschalen Behauptungen wird Falsches nicht wahrer, sondern nur deutlich, daß es der SPD nicht um die Entlastung der Steuerzahler, sondern lediglich um Neid und Verunsicherung der Bürger geht. Denn Tatsache ist, daß das Versprechen der SPD eine Familie mit zwei Kindern um 2.500 DM zu entlasten bereits heute Wirklichkeit sein könnte, wenn die SPD die große Steuerreform nicht blockiert hätte.

Wenn es konkret wird, fallen die Steuerversprechungen der SPD allesamt wie ein Kartenhaus zusammen. Steuerentlastungen stehen beachtliche Mehrbelastungen beispielsweise durch die Einführung von Stromsteuern und Anhebung der Mineralölsteuer gegenüber. Zudem sind die Steuerversprechungen unter Finanzierungsvorbehalt.

Rot-grüne Täuschungsmanöver in der Mietenpolitik

Zu den aktuellen Mietentwicklungstendenzen vor dem Hintergrund einer von den Grünen angezettelten Geschäftsordnungsdebatte im Bundestag über die am 1. September ausgelaufene Sonderkappungsgrenze von 20% erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Die Wohnungspolitiker von SPD und Grünen treten für eine dauerhafte Einengung der Erhöhungsmarge ein, innerhalb der die Vermieter künftig die Mieten an die ortsübliche Vergleichsmiete anpassen dürfen. Diese Forderung vertreten sie in Verbindung mit ihren Vorstellungen zu einer Mietrechtsreform in der nächsten Wahlperiode. Deshalb geht es bei diesem Anliegen auch um mehr als eine Eintagsfliege, die sich mit dem Wegfall der 20% Kappungsgrenze am 1. September und dem Geschäftsordnungs-Nachklappern im Bundestag am darauffolgenden Tag von selbst erledigen würde. Statt dessen werden mietenpolitische Täuschungsmanöver geboten, die sich der emotionalen Argumentationsschiene à la PDS annähern.

6 Gründe, die die rot-grüne Mietenpolitik entlarven:

- Als die Bundesregierung im Herbst 1992 die besondere Kappungsgrenze von 20% für Wohnungen, die vor 1981 gebaut wurden, befristet vorschlug und bei den parlamentarischen Beschlüssen im Sommer 1993, hatte der westdeutsche Mietenindex die 5% Steigerung überschritten und lag schließlich dicht bei 6%. Seit April d. J. beschränken sich hingegen die Miet-

steigerungen auf weniger als 2%, im Juni und Juli lagen sie bei 1,6%.

- Mit der Beruhigung des Preisklimas bei den Bestandsmieten gehen sogar effektive Mietpreisrückgänge bei Neuvermietungen einher. Der Ring Deutscher Makler meldete im Frühjahr, die Neuvermietungsmiete (ohne Nebenkosten) sei in den westdeutschen Großstädten um 1,2% im Altbau und 2,6% im Neubau gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, im Altbau seien es sogar 7% weniger im Vergleich zu 1995. Haushalte, die innerhalb der letzten 12 Monate einen neuen Mietvertrag abgeschlossen haben, profitieren laut DIW-Untersuchung vom Juni sogar von einem Mieterrückgang um über 5%.

- Die SPD vergleicht die Mietentwicklung gerne mit den allgemeinen Lebenshaltungskosten, wohl, weil sie es in ihrer Regierungszeit Ende der 70er geschafft hatte, eine so hohe Geldentwertung anzuzetteln, daß selbst Mietensteigerungen von über 5% noch hinterherhinken mußten. Aber auch hier gilt: 1993 lagen die Mieten noch um 2,3 Prozent-Punkte über den Lebenshaltungskosten-Steigerungen (jeweils früheres Bundesgebiet), im Juli d. J. gerade mal um 0,7 bzw. 0,4 Prozent-Punkte im Mai. Im Vergleich zum Vormonat liegen die Mietsteigerungen bereits unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

- Von 1990, der Beginn der „neuen Wohnungsnot“ im früheren Bundesgebiet, bis Ende 1997 hat sich der Mietenindex um knapp 34% erhöht, der Preisindex um 20%. Für das Plus gegenüber der allgemeinen Preisentwicklung könnten weitgehend die kalten Betriebskosten verantwortlich zeichnen, die sich in der gleichen

41.000 Eigenheime für junge Familien gefördert

Rund 41.000 Eigenheime für junge Familien hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bisher gefördert.

Seit Beginn der Unterstützung für die Bildung von Wohneigentum junger Familien Ende 1996 habe die KfW Kredite in Höhe von insgesamt 3,3 Milliarden DM zugesagt, teilte das Geldinstitut in Frankfurt am Main mit. Damit wurden nach einer KfW-Studie Investitionen in Immobilien von 18,2 Milliarden DM mitfinanziert. Aufgrund der großen Nachfrage wurde das zur Verfügung stehende Kreditvolumen vor kurzem von vier auf sieben Milliarden DM aufgestockt.

40.000 Arbeitsplätze gesichert

Die KfW-Mittel werden vorwiegend zur Finanzierung von Neubauten eingesetzt, heißt es weiter. 84 Prozent der Darlehen entfielen so auf neu errichtete Eigenheime und Eigentumswohnungen. Durch die mitfinanzierten Neubauvorhaben konnten laut KfW zugleich 40.000 Arbeitsplätze in der mittelständischen Bauwirtschaft und im Handwerk gesichert werden.

Zeit um über 60% (Abwasser) bzw. 110% (Müllabfuhr) erhöht haben.

● Nicht nur die kommunale Verantwortung unterschlägt Rot/Grün gerne. In derselben Zeitspanne, in der der Mietenindex für den frei finanzierten Neubau um exakt 32,9% stieg, erhöhten sich die Mieten für Sozialwohnungen, für die viele rot/grüne Bauminister in den Ländern zuständig sind, um 33,9%.

● Man könnte auch damit argumentieren, daß eine Mietensteigerung um 34% innerhalb der letzten 7 Jahre eine Rot/Grün-

Für jeden Ausbildungswilligen eine Lehrstelle

Die Bundesregierung hat sich zuversichtlich geäußert, daß es auch in diesem Jahr gelingen wird, jedem ausbildungswilligen jungen Menschen eine Lehrstelle anzubieten.

In dieser Einschätzung zieht sich die Bundesregierung durch die vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) vorgelegten Zahlen der neuen Ausbildungsverträge bestätigt, sagte Regierungssprecher Otto Hauser vor Journalisten in Bonn.

Der deutliche Zuwachs bei den neuen Verträgen sei ein klares Signal dafür, daß die Wirtschaft ihre Zusage einhalten werde, auch in diesem Jahr wieder eine ausgeglichene Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt zu erreichen. Hauser betonte weiter, eine „Lehrstellenkatastrophe“, wie sie regelmäßig herbeigeredet werde, werde auch 1998 ausbleiben. „Schwarzmalerei“ schaffe keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

Debatte, ob die Kappungsgrenze für einen 3jährigen Zeitraum besser bei 15% oder 20% statt 30% liegen sollte, ohnehin überflüssig mache. Wir stehen jedoch, auch nach Bekundungen von SPD und den Grünen, vor einer Großen Steuerreform, die die Renditen im Mietwohnungsbau wegen Wegfall von Steuervergünstigungen zumindest für eine längere Übergangsphase kürzen könnte. Mit einer falschen Psychologie gegenüber dem potentiellen Investor läßt sich so allenfalls der völlige Ausstieg aus dem Wohnungsbau propagieren. ■

Nur mit der Union gibt es für den Mittelstand den sicheren Sprung ins nächste Jahrtausend

„Mit der Union und einem starken Mittelstand ins nächste Jahrtausend!“ Unter diesem Motto stand der erste mitgliederoffene Bundeskongress der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU am 4. und 5. September in München.

Neben den Reden des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Vorsitzenden der CSU, Bundesfinanzminister Theo Waigel, stand die Verabschiedung der Münchner Erklärung im Mittelpunkt.

Hierin werden die wesentlichen Rahmenbedingungen genannt, die der Mittelstand braucht, um seine Wirtschaftskraft zu entfalten und auch weiterhin die ihm zugeordnete Funktion als „Arbeitsplatzmotor“ zu erfüllen.

Im Kern gliedert sich die Erklärung in fünf zentrale Forderungen:

- Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung für Unternehmen und Arbeitnehmer
- Senkung der Lohnzusatzkosten
- Senkung der Staatsquote und Deregulierung
- Förderung der Selbständigkeit und Nachwuchsqualifizierung
- Berücksichtigung mittelständischer Interessen in der Europapolitik.

Bundeskanzler Kohl rief in seiner Rede unter anderem zu mehr Existenzgründungen auf. Junge Leute müßten häufiger den Mut haben zu sagen „Ich pack's! Ich mach' mich selbständig.“ Notwendig sei eine Aufbruchstimmung wie in den 50er Jahren. Nur mit einem Boom von Neu-

gründungen könne die Arbeitslosigkeit entscheidend bekämpft werden. Im Hinblick auf die Bundestagswahl warnte Kohl davor, die Wahl schon als entschieden zu betrachten. „Man hat mich zu früh beerdigt“, so Kohl.

Bundesfinanzminister Waigel bekräftigte vor den rund 1 000 Mittelständlern seinen Plan einer zweistufigen Steuerreform ab 1. Januar 1999. In einer ersten Stufe zum Jahresbeginn 1999 soll es dabei eine Nettoentlastung von zehn Milliarden DM geben. Scharf kritisierte er die Äußerung von Gerhard Schröder, nach dem die erste Stu-

SPD-Vorschläge sind Horror-Szenarium für den Mittelstand.

fe der Steuerreform frühestens Mitte nächsten Jahres in Kraft treten könne. „Schröder demonstriert damit nur, daß er von Steuerpolitik nichts versteht“, so Waigel.

Auch MIT-Bundesvorsitzender Peter Rau en griff in seiner Rede die SPD scharf an: „Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD sind ein Horror-Szenarium für den Mittelstand.“ Weiterhin forderte Rau en die Union zu mehr Mut bei der Steuerreform auf. Die bisher vorgesehene Nettoentlastung von 30 Mrd. DM sei das Minimum. „Wir würden gerne mehr sehen“, so Rau en. Die Finanzpolitik könne bei den Steuersenkungen auch eine „rechnerische Lücke“ in Kauf nehmen, die langfristig durch eine höhere Steuerehrlichkeit und mehr Wirtschaftswachstum geschlossen werde.

Nun also doch!

Der Kanzlerkandidat der SPD befürwortet jetzt also doch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und der SED-Nachfolgepartei PDS auf Landesebene.

In der Chemnitzer Freien Presse sagte er über die Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS auf Landesebene, er nehme zur Kenntnis, „daß man in Ostdeutschland sehr selbstbewußt das tut, was für die Länder gut ist“. Schröder will die PDS über den Bundesrat an der Bundespolitik beteiligen und so den Weg in eine linke Republik ebnen. Deshalb befürwortet er Bündnisse zwischen der SPD und der PDS in den Länderparlamenten.

Joachim Hörster, Erster parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Mir geht

es wie 60 Prozent der Bevölkerung, die Schröder nicht glauben, daß er sich nicht mit den Stimmen der PDS zum Kanzler wählen läßt. Die gebetsmühlenartig vorgetragenen Hinweise vom Kanzlerkandidaten, er strebe eine Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS auf Bundesebene nicht an, glauben ihm immer weniger Wähler und Wählerinnen in Deutschland.

Keine Scham

Der eigentliche Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie passierte schon 1994 in Sachsen-Anhalt. Wer hätte damals geglaubt, die Sozialdemokraten würden vier Jahre nach der Einheit gemeinsame Sache mit den Kommunisten machen. Nein, die SPD kennt auf dem Weg zur Macht keine Scham, Schröder will die Macht, notfalls auch mit Hilfe der PDS.

Außerdem verlangte Rau eine Senkung der Beiträge zu den Sozialversicherungen von derzeit 42,3 auf unter 40 Prozent durch strukturelle Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen.

Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss, ging in seiner Rede auf die Belastungen ein, die dem Mittelstand unter einer SPD-geführten Bundesregierung drohen würden. Als Beispiele nannte er unter anderem die Einführung einer Ausbildungsabgabe und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Die Union, so Doss, habe hingegen den Stellenwert des Mittelstandes für Wirtschaft und Gesellschaft erkannt und handle danach.

Daß dies nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Innenpolitik gilt, machte der Münchner CSU-Chef Peter

Gauweiler in seiner Rede während des Bayerischen Abends im Paulaner Keller deutlich.

Die 1 000 Teilnehmer des Kongresses waren sich einig: Nur mit der Union gibt es für den Mittelstand den sicheren Sprung ins nächste Jahrtausend.

Dies bestätigte auch die Vorsitzende der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Dr. Karla Peijs in ihrer Rede: „Aus meiner Brüsseler Erfahrung kann ich Ihnen versichern, daß unter den deutschen Parteien nur CDU und CSU Ihre Unternehmerinteressen glaubhaft vertreten.“ Der Landesvorsitzende der Mittelstands-Union Bayern, der Parlamentarische Staatssekretär Ernst Hinsken, hätte den Kongreß nicht besser schließen können als mit der Aufforderung, in den nächsten Wochen für ein Ergebnis 50 plus X zu kämpfen.

Argumente

Mittelstands- förderung als eines der Kernstücke der deutschen Wirtschaftspolitik

Vom Tischler bis zum Computer-Fachmann, vom Architekten bis zum Pizza-Bäcker: Zwei Drittel aller Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten in mittelständischen Unternehmen. Die Mittelstandsförderung der Bundesregierung ist deshalb keine Randgruppenpflege, sondern ein Kernstück der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie setzt auf Reformen im Inland, damit deutsche Unternehmen weltweit mithalten können:

- Steuern werden gesenkt,
- Bürokratie abgebaut,
- der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert und auf diese Weise
- mehr Wachstumsdynamik ermöglicht.

Steuerentlastung

Der Abschaffung der Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 folgte Anfang dieses Jahres auch die Abschaffung der Gewerbesteuer. Beide Steuern griffen die finanzielle Substanz der Unternehmen an. Während die Vermögensteuer vor allem auf dem Betriebsvermögen mittelständischer Unternehmen lastete und sich dadurch beschäftigungshemmend auswirkte, erschwerte die Gewerbesteuer die Bildung von Eigenkapital und schwächte deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich.

Mit der Abschaffung der Vermögensteuer wurde auch die Erbschaft- und Schenkungsteuer reformiert. Diese Verbesserung soll den Übergang von Unternehmen, deren Erhalt und Fortbestand sichern – vor dem Hintergrund, daß in

den nächsten fünf Jahren 300.000 Mittelständler einen Nachfolger für ihren Betrieb suchen werden.

Die persönlichen Freibeträge für enge Familienangehörige wurden deutlich angehoben. Steuerfrei sind Erbschaften und Schenkungen für Ehegatten bis zu 600.000 DM (vorher 250.000 DM). Der Freibetrag für Kinder wurde von 90.000 auf 400.000 DM erhöht. Für den Übergang von Betriebsvermögen gilt ein Freibetrag von 500.000 DM.

Erleichterung von Existenzgründungen

Jeder Existenzgründer schafft im Durchschnitt vier bis fünf zusätzliche Arbeitsplätze. Ohne Hilfen sind diese Arbeitsplätze gefährdet. Die Bundesregierung hilft deshalb jungen Unternehmen mit Bürgschaften und Haftungsfreistellungen.

Mit Eigenkapitalhilfe- und Existenzgründungsdarlehen hat die Bundesregierung allein 1997 30.000 Gründungen mitfinanziert. Im gleichen Jahr konnten 1,1 Mrd. DM Beteiligungskapital für rund 965 Unternehmen bereitgestellt werden. Außerdem vergibt das ERP-Innovationsprogramm zinsgünstige Kredite für marktnahe Forschung und die Entwicklung neuer Produkte. Die Meisterausbildung wird durch das 1996 eingeführte MeisterBAföG wie eine akademische Ausbildung gefördert. Die Börsenzulassung für junge Unternehmen ist erleichtert worden.

Die Bundesregierung bietet Beratungen für Existenzgründer an und setzt sich für

eine „neue Kultur der Selbständigkeit“ ein. Das günstige Klima für Selbständigkeit soll besonders in Schulen, Universitäten und in der Berufsausbildung geschaffen werden.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt an Schulen das Projekt JUNIOR (Junge Unternehmen initiieren, organisieren und realisieren). Eine Initiative für Existenzgründungslehrstühle wurde ins Leben gerufen. Einer dieser Lehrstühle hat an der European Business School in Oestrich-Winkel bereits den Betrieb aufgenommen.

Öffnung neuer Märkte

Neben dem Post- und Telekommunikationsmarkt sind auch der Strom- und Gasmarkt für den Wettbewerb geöffnet worden. Seit Beginn dieses Jahres hat die Telekom kein Netzmonopol mehr. Private Unternehmen können seitdem auch im Postbereich die gesamte Beförderungspalette anbieten.

Die Informationsgesellschaft verzeichnet weltweit zweistellige Zuwachsraten. In den letzten beiden Jahren wurden in Deutschland auf diesem Gebiet pro Jahr 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. 20 Kompetenzzentren stehen Unternehmen zur Seite, die ins Internet wollen. Auch die Öffnung des technischen Prüf- und Sachverständigenwesens erschließt Freiberuflern neue Märkte. Durch die Deregulierung in der Biotechnologie konnten ebenfalls neue Arbeitsplätze entstehen.

Für kleine Unternehmen ist die Kartellrechtsnovelle von Bedeutung. Sie sieht z. B. die für den Mittelstand wichtige Anonymität für Beschwerdeführer während des kartellbehördlichen Ermittlungsverfahrens vor.

Qualifikation und Innovationsfähigkeit

Seit 1996 wurden 17 neue Ausbildungsberufe geschaffen, vor allem in den Branchen Medien, Informations- und Telekommunikationstechnik. Die Bundesregierung fördert die Schaffung betrieblicher Lehrstellen mit 1,3 Mrd. DM und die überbetriebliche Lehrlingsausbildung mit 72 Mio. DM.

Die Innovationsförderung hat die Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen in einem Gesamtkonzept zusammengefaßt. Maßnahmen zur Unterstützung von Technologietransfer, Weiterbildung, Finanzierung und Forschungsförderung werden darin gebündelt. Mehr als 50.000 Unternehmen profitieren von 170 Mio. DM im Jahr für die industrielle Gemeinschaftsförderung. 280 Mio. DM fließen in diesem Jahr als Personalkostenzuschüsse an ostdeutsche Unternehmen, die forschen und entwickeln. Im Rahmen der Forschungs-kooperation zwischen Wissenschaft und Mittelstand gingen insgesamt 660 Mio. DM an 3.700 Unternehmer.

Auslandsmärkte

Die Bundesregierung hat ein Außenwirtschaftsfördersystem für Dienstleistungen und freie Berufe geschaffen. Die Beteiligung an Auslandsmessen wird bezuschußt. Rund 85 % der geförderten Unternehmen gehören dem Mittelstand an. Zur Risikominderung bei Auslandsgeschäften stellt die Bundesregierung Hermesbürgschaften und Kapitalanlagegarantien zur Verfügung. Im letzten Jahr wurden auf diese Weise 40 % des Gesamtdeckungsvolumens der Geschäfte von Mittelständlern abgesichert.

Linksruck

Pressestimmen vom 4. September zur Haushaltsdebatte

„Neue Osna-brücker Zeitung“:

Klassische sozialdemokratische Positionen etwa in der Gesundheits- und Sozialpolitik wurden von ihm wieder ins Zentrum gerückt. Viele altgediente Genossen wird es freuen, doch die bislang vom Niedersachsen so heftig umworbenen Wähler der Mitte dürften sich damit etwas schwerer tun... Schröder lag am Donnerstag ganz auf Parteilinie, Oskar Lafontaine wird es mit Genugtuung registrieren.

„Braunschweiger Zeitung“:

Ob Steuern oder Arbeitsplätze – seine Ankündigungen blieben ähnlich vage wie die ganze SPD-Programmatik, wobei die rhetorische ‚Verpackung‘ deutlich sozialdemokratischere Grundmuster aufwies als sonst üblich.

„Rheinische Post“:

Auf der Schlußgeraden des Wahlkampfes müht Schröder sich plötzlich wieder um linkes Profil. Das läßt auf Nervosität schließen; auf die Sorge, die SPD-Klientel zu wenig zu mobilisieren. Unüberlegt wirken auch die üblen Beschimpfungen der Arbeit-

geber, mit denen die SPD doch bald ein Bündnis für Arbeit bilden will.

„Handelsblatt“:

Gelungen ist der Versuch der „Entzauberung“ insoweit, als Schröder sich bei seinem gestrigen Auftritt im Bonner Parlament treu geblieben und kaum über seine üblichen Floskeln hinausgegangen ist. Drängende Fragen wie die Sanierung der Alterssicherung, die Senkung der Lohnnebenkosten oder die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im künftigen Euroland ließ der SPD-Kandidat unbeantwortet. Statt dessen gefiel er sich darin, die Korrekturen der Bundesregierung als unsozial zu geißeln und mit der populistischen Soße sozialdemokratischer Wahlkampftrabulistik zu übergeben. Ein bißchen wenig für jemanden, der Bundeskanzler werden will.

„Die Rheinpfalz“:

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung zwischen unvereinbaren Alternativen: Bürgerliche Parteien oder Rot-Grün. Die jeweiligen Konzepte unterscheiden sich fundamental, die Avancen der SPD-Führung in

Richtung große Koalition sind vom Tisch.

„Rhein-Neckar-Zeitung“:

Da verdient schon eher der nervöse, mit hohen Erwartungen beladene Schröder das Prädikat „Angstbeißer“. Hängengeblieben ist von seinem Auftritt die zentrale SPD-Wahlkampfparole: Kohl muß weg. Die Begründung dafür verflüchtigt sich wie eine Duftmarke im Unkonkreten. Es kam so, wie es kommen mußte: Lafontaine hatte dem Kandidaten mit seiner Rede am Vortag die inhaltliche Vorfahrt genommen. Und Schröder folgte seinen Spuren.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

Von der neuen Strategie des Spitzenkandidaten der SPD, dem Erobern der neuen Mitte, ist nicht viel übriggeblieben. Schröder mußte es ihnen nehmen, daß sein Parteivorstand Lafontaine am Vortag im Parlament die Richtung der sozialdemokratischen Kritik an der Regierung Kohl vorgegeben hatte.

Die weltweit angesehene Wirtschaftszeitschrift „Economist“ fragt auf der Titelseite am 29.8.1998: „Würden Sie von Gerhard Schröder ein gebrauchtes Auto kaufen?“ Wörtlich: „Would you buy a used car from Gerhard Schröder?“ Der „Economist“ untersucht, wofür Schröder steht, und schreibt: „Er sagt außerordentlich wenig Substantielles, oder Neues, oder Mutiges oder gar politisch Festes... er macht honigsüße Versprechen... er macht große Worte und bleibt politisch vage... er erzählt allen Leuten alle möglichen Sachen.“ Das Urteil des „Economist“: „Er hat es gewiß noch nicht verdient zu gewinnen.“

„Was können wir für Sie tun?“

Ein wichtiges Mittel unseres Wahlkampfes ist die CDU-Infoline mit der Nummer: 0180-5-2000. Vor allem Kreisverbände können dieses Serviceinstrument in ihren Wahlkampf integrieren. Der lokale und bundesweite Werbeauftritt der CDU wird wirkungsvoll unterstützt, das Anrufaufkommen vor Ort minimiert. Die einprägsame Telefonnummer: 0180-5-2000 der CDU-Infoline wird über mehrere Fernseh- und Radiospots verbreitet. Sie erscheint auch in den Bild-Anzeigen.

wortet. Informationsmaterialien werden kostenlos verschickt. Wie schon 1994 sitzen im Konrad-Adenauer-Haus neben unserem professionellen Telefonmarketing-Partner ehrenamtliche Helfer am Telefon. Für die Anrufer gelten die normalen Telefon-tarife der Telekom für 01805-Servicenummern. Sie zahlen 48 Pfennig pro Minute.

Schon jetzt zeigt sich, daß die CDU-Infoline bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut ankommt. Aus ganz Deutschland laufen Anrufe mit

Informationen zur Wahl '98
CDU-Infoline:
0180-5-2000

Unter der Telefonnummer 0180-5-2000 können interessierte Bürgerinnen und Bürger die CDU direkt rund um die Uhr erreichen, d. h. 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche.

Wir schaffen für die Wählerinnen und Wähler ein bürgernahes Forum, auf dem sie Kritik, Fragen und Anregungen einbringen können. Sie erhalten aktuelle Informationen zu Positionen und Beschlüssen der CDU.

Auf Wunsch werden auch komplexe Fragestellungen ausführlich beant-

dem Wunsch nach Informationen zur Politik der CDU ein. Viele Anrufer loben unseren Service und wollen ihn im Bekanntenkreis weiterempfehlen. Überraschenderweise gibt es auch viele Anfragen zur Mitgliedschaft in der CDU und Jungen Union.

Der Wahlkampf der CDU erhält durch die CDU-Infoline weiteren Rückenwind. Die CDU klärt auf, stellt politische Inhalte dar und überzeugt mit Argumenten.

7 Millionen Gespräche für den Wahlkampf '98

Wir erinnern noch einmal an die große Mobilisierungsaktion, zu der Generalsekretär Peter Hintze im CDU-Mitgliedermagazin UNION aufgerufen hat.

Peter Hintze: „Wenn jedes Mitglied zehn Wähler anspricht, so bedeutet dies sieben Millionen Bürgerkontakte.“

Viele Bürgerinnen und Bürger warten nur darauf, von der CDU angesprochen zu werden. Damit dies kurz, verständlich und unaufdringlich stattfinden kann, sind in der neuesten UNION-Ausgabe zehn Karten enthalten, die den CDU-Mitgliedern die Ansprache erleichtern sollen.

Wenn das Gespräch auf die Bundestagswahl kommt

Peter Hintze: „Sie können die Karten Arbeitskollegen geben, mit der Post verschicken, Sie können Nachbarn aufsuchen, eine entsprechende Nachricht per E-Mail versenden, aber auch ein Telefongespräch führen, die Karten bei einem Canvassing-Stand einsetzen, bei Freunden und Bekannten, manchmal sogar Fremden eine Karte

7

Millionen Gespräche für den Wahlsieg '98 Alle machen mit!

CDU

Die Wirtschaft läuft auf vollen Touren. Die Jobmaschine ist angesprungen.

Frage:
Wußten Sie schon, daß für 1998 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von drei Prozent erwartet wird?

Kriminalität und Gewaltbereitschaft muß man entschlossen entgegentreten.

Frage:
Wußten Sie schon, daß SPD, Grüne und PDS in den letzten Jahren alle Gesetze zur Stärkung der Inneren Sicherheit abgelehnt oder verzögert haben?

Die neuen Länder sind sichtbar aufgeblüht. Gemeinsam wurde viel geleistet.

Frage:
Wußten Sie schon, daß in den neuen Ländern das modernste Telefonnetz der Welt geschaffen wurde?

Der Euro kommt. Er wird so stabil wie die Mark.

Frage:
Wußten sie schon, daß stabiles Geld auch in Zukunft in Frankfurt am Main gemacht wird?

Um den Aufschwung zu sichern, brauchen wir die Große Steuerreform.

Frage:
Wußten Sie schon, daß die CDU mit der großen Steuerreform die Steuern drastisch senken wird?

Der Aufschwung ist da!
Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt
Der Aufbau Ost hat Priorität
Für einen stabilen Euro
Steuertenkürzung für alle

zuschieben, wenn das Gespräch auf die Bundestagswahl kommt.

Jede Nachricht, die verschickt, jede Karte, die verteilt wird, stärkt das Wählerpotential der CDU. Ein zusätzlicher Effekt wird dadurch erreicht, daß über diese Aktion gesprochen wird und die Menschen sehen, daß die CDU kämpft und gewinnen will. ■

CDU-Wahlspots zur Bundestagswahl

- im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

ARD

16. 9.: 17.42 Uhr
 19. 9.: 22.29 Uhr
 22. 9.: 21.34 Uhr
 25. 9.: 22.29 Uhr

ZDF

18. 9.: 22.50 Uhr
 22. 9.: 17.50 Uhr
 25. 9.: 22.15 Uhr

- in den privaten Fernseh-anstalten

n-tv

16. 9.: 11.25 Uhr
 16. 9.: 15.10 Uhr
 16. 9.: 20.10 Uhr
 16. 9.: 00.10 Uhr
 17. 9.: 11.25 Uhr
 17. 9.: 20.10 Uhr
 17. 9.: 00.10 Uhr
 18. 9.: 11.25 Uhr
 18. 9.: 20.10 Uhr
 18. 9.: 00.10 Uhr
 19. 9.: 14.25 Uhr
 19. 9.: 20.10 Uhr
 19. 9.: 00.10 Uhr
 20. 9.: 13.25 Uhr
 20. 9.: 17.25 Uhr

20. 9.: 00.10 Uhr
 21. 9.: 11.25 Uhr
 21. 9.: 17.25 Uhr
 21. 9.: 23.10 Uhr
 22. 9.: 8.11 Uhr
 22. 9.: 13.25 Uhr
 22. 9.: 20.10 Uhr
 22. 9.: 00.10 Uhr
 23. 9.: 11.25 Uhr
 23. 9.: 17.26 Uhr
 23. 9.: 23.10 Uhr
 24. 9.: 10.11 Uhr
 24. 9.: 12.25 Uhr
 24. 9.: 23.10 Uhr
 25. 9.: 7.11 Uhr
 25. 9.: 12.25 Uhr
 25. 9.: 17.25 Uhr
 25. 9.: 23.10 Uhr

VOX

16. 9.: 17.40 Uhr
 17. 9.: 22.45 Uhr
 18. 9.: 17.40 Uhr
 18. 9.: 22.55 Uhr
 21. 9.: 22.45 Uhr
 22. 9.: 17.40 Uhr
 24. 9.: 17.40 Uhr
 24. 9.: 22.45 Uhr
 25. 9.: 17.40 Uhr
 25. 9.: 22.55 Uhr

Kabel 1

16. 9.: 17.47 Uhr
 17. 9.: 17.47 Uhr
 18. 9.: 16.43 Uhr
 18. 9.: 17.47 Uhr
 19. 9.: 17.57 Uhr
 19. 9.: 18.42 Uhr
 19. 9.: 19.43 Uhr

20. 9.: 17.47 Uhr
 20. 9.: 17.57 Uhr
 21. 9.: 17.47 Uhr
 22. 9.: 17.47 Uhr
 23. 9.: 17.47 Uhr
 24. 9.: 16.43 Uhr
 24. 9.: 17.47 Uhr
 25. 9.: 16.43 Uhr
 25. 9.: 17.47 Uhr

DSF

16. 9.: 17.30 Uhr
 16. 9.: 18.10 Uhr
 17. 9.: 15.30 Uhr
 17. 9.: 16.20 Uhr
 17. 9.: 17.30 Uhr
 17. 9.: 18.40 Uhr
 18. 9.: 17.50 Uhr
 18. 9.: 18.10 Uhr
 18. 9.: 19.05 Uhr
 19. 9.: 13.00 Uhr
 19. 9.: 14.05 Uhr
 19. 9.: 15.05 Uhr
 19. 9.: 15.50 Uhr
 19. 9.: 19.30 Uhr
 20. 9.: 10.30 Uhr
 20. 9.: 12.15 Uhr
 20. 9.: 13.30 Uhr
 20. 9.: 14.50 Uhr
 20. 9.: 16.00 Uhr
 20. 9.: 17.10 Uhr
 21. 9.: 19.05 Uhr
 21. 9.: 19.30 Uhr
 22. 9.: 17.30 Uhr
 22. 9.: 18.10 Uhr
 22. 9.: 19.05 Uhr
 23. 9.: 17.05 Uhr
 23. 9.: 18.10 Uhr
 23. 9.: 19.05 Uhr
 24. 9.: 15.55 Uhr

24. 9.: 16.50 Uhr
 24. 9.: 17.30 Uhr
 24. 9.: 19.05 Uhr
 25. 9.: 17.50 Uhr
 25. 9.: 18.10 Uhr
 25. 9.: 19.05 Uhr

SAT.1

16. 9.: 19.13 Uhr
 17. 9.: 19.13 Uhr
 18. 9.: 19.13 Uhr
 19. 9.: 18.58 Uhr
 20. 9.: 17.58 Uhr
 21. 9.: 19.13 Uhr
 22. 9.: 19.13 Uhr
 23. 9.: 19.13 Uhr
 24. 9.: 19.13 Uhr
 25. 9.: 19.13 Uhr

RTL

16. 9.: 19.45 Uhr
 17. 9.: 17.10 Uhr
 18. 9.: 20.40 Uhr
 19. 9.: 22.50 Uhr
 20. 9.: 17.00 Uhr
 21. 9.: 17.10 Uhr
 22. 9.: 19.45 Uhr
 25. 9.: 21.40 Uhr

PRO 7

17. 9.: 15.53 Uhr
 18. 9.: 19.28 Uhr
 19. 9.: 20.48 Uhr
 20. 9.: 18.56 Uhr
 21. 9.: 20.48 Uhr
 22. 9.: 19.28 Uhr
 23. 9.: 19.28 Uhr
 25. 9.: 20.45 Uhr

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Für den Endspurt

Woran Sie in den beiden letzten Wochen noch denken müssen

Die Wahl ist erst am Wahltag um 18.00 Uhr, wenn die Wahllokale schließen, beendet. Deshalb kämpfen wir bis zum Schluß um jede Stimme. Hier einige Tips für die letzten Tage und für den Wahltag:

● Plakate kontrollieren

Beschädigte Plakatständer mit abgerissenen Parteiplakaten machen einen schlechten Eindruck. Ein abendlicher Rundgang zahlt sich aus: Ordentliche Partei-Werbung zeigt den Wählern: Hier ist eine engagierte Truppe am Werk!

● Fahrdienst

Damit am Wahltag z. B. auch ältere Menschen und Gehbehinderte zum Wahllokal kommen, können Sie einen Zubringerdienst organisieren. Erkundigen Sie sich, wer es in Ihrer Nachbarschaft schwer hat, zum Wahllokal zu kommen. Es hat sich bewährt, eine Telefonnummer in der Kreisgeschäftsstelle zu veröffentlichen und das Telefon am Wahltag besetzt zu halten.

● Türanhänger verteilen!

Dieses Schlußwerbemittel wurde allen Kreisverbänden im Rahmen der kostenlosen Grundausstattung zugesandt. Zusätzliche Exemplare können Sie auch über unser Versandzentrum beziehen (Seite 60).

● Wahlparty

Laden Sie alle Wahlhelfer zu einer Wahlparty ein. Nach dem Wahltag bekommen Sie nie mehr alle Helfer zusammen. Ein gemeinsames Fest verbindet.

● Danke an die Wähler

Nach der Wahl sollten Sie, wo es möglich ist, unsere Plakate mit „Wir danken für Ihr Vertrauen“ überkleben: Bestellnummer: **8196**, 200 Expl.: 39,50 DM.

● Plakate abräumen

Organisieren Sie rechtzeitig das Einholen der Plakatständer. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn unansehnliche Wahlplakate noch lange nach der Wahl herumstehen oder -hängen.

● Material notfalls selbst abholen

Für die normale Bestellung beim Versandzentrum ist es in der letzten Woche zu spät, da eine rechtzeitige Zustellung nicht mehr garantiert werden kann. Die einzige Möglichkeit für den, der unbedingt noch Material braucht: Das Material selbst abholen. Geben Sie Ihre Bestellung unbedingt am Vortag per Fax oder Telefon durch, damit alles rechtzeitig für die Abholung vorbereitet werden kann. Hier die Anschrift:

**IS-Versandzentrum,
Postfach 11 64, 33759 Versmold
Tel. (0 25 24) 91 13 12,
Fax (0 25 24) 91 13 16.**

Die Abholung erfolgt bei:

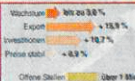
**Bertelsmann Distribution GmbH,
Lager Schumacher/CDU-Lager,
Westkirchener Str. 73,
59320 Ennigerloh.**

Die Abholung ist montags bis freitags in der Zeit von 9.00 bis 16.00 Uhr möglich.

Viele neue Stellen Preise stabil wie nie Der Aufschwung geht auf breiter Front

Über 700.000 Arbeitslose weniger seit Jahresbeginn Die Job-Maschine ist auf Touren. Steigende Rente. Deutlich niedriges Sozialhilfemittel. 11,5 Prozent mehr Exporte als im Vorjahr.

Und die Preisstabilität hat ein Rekordniveau erreicht. Jedes Prozent weniger Inflation bedeutet ein Kaufkraft-Plus von 18 Milliarden Mark. Alles unverständliche Zeichen für den Aufschwung, den unsere Land nimmt. News Info Seite 2.



CDU aktuell

Die Statistik der Arbeitslosigkeit zeigt folgende Werte: mehr Arbeitsplätze, mehr Bewerber, mehr Geld bei den privaten Konzernen.

Die Welt in Sorge - Führung mit Erfahrung

Rußland in der Krise, die Lage ist dramatisch. Keine Trübsalrede, die Probleme in den fünf großen Industrieländern zeigt. Keine Sorge gegen die USA, überall der Welt. Kongo-Komik. Afrika zu Afrika. Konkrete können am Abend und neue Flüchtlingszahlen. Vorbericht werden? Der Bestand des 'Wen-wichtigste Wirtschaftskräfte in Ost-Asien brechen weg. Was kommt da alles auf uns zu? Die Welt ist in heller Sorge. In dieser Situation ist es gut, eine erfahrene Staatsführung zu haben. Helmut Kohl steht seit 16 Jahren in engem Kontakt mit den führenden Staatsmännern der Welt. Die meisten von ihnen hören genau hin, wenn er spricht, und legen Wert auf seinen Rat. 'Vorfragen ist ein kostbares Werkzeug. Man kann nicht zu oft und ich denke nicht daran, es aufs Spiel zu setzen.' Das hat der Bundeskanzler gesagt. Und über die Hilfe für Rußland und Argentinien und Kuba hat er gesprochen. Eigenschaften, die Helmut Kohl auszeichnen.

Noch Fragen? CDU-Rotline 0180 5 2000

Grüner Großangriff auf alle Autofahrer

Dummel-Wahn statt Autobahn. End 3-Mark-Wenzen von Jürgen Imbe, dem Grünen-Spracher - also 300 Mark für einen vollen 80-Liter-Tank. Dann der Schlech-Zwang Tempo 30 (Stas in den Städten), Tempo 80 (Stau auf Landstraßen).

Tempo 100 (Stau auf Autobahn). Baustopp-Plan für die schlechten Straßen. Schlimme Schläge gegen Ausleihen der Arbeitsplätze in der Autoindustrie. Wenn der grüne Wahn ist viel, ohne alle Räder ab zu nehmen. Haben Grüne endgültig ein Rad ab? Der grüne Bundesgesundheitsminister Eckart Misch fordert vehement die Abschaffung der Formel 1 - auch im Bereich der öffentlichen Sportanlagen. Nicht rasieren sein. Checkpoints für Fahrer mit einem 205 Jahre alten Grüne Klinge.

Was die Rechnung mit... Duell im Bundestag - so verlor Schröder die Schlacht

Das war's, Herr Schröder! Kanzler Kohl beherrscht souverän den rhetorischen Schlagabtausch, während sich der wohl nicht so wenig erfahrene Schröder in dieser Arena offenbar schwer tut. Wieder vom Sitz nach unten! Hier hatte er die Chance zu bieten! („Neue Zucker-Kohl im Martel der Geschichte. Seine Vergangenheit hängt für die Zukunft.“) („Bühnenische Prost.“) „Jogh voll im Zwang als ein nicht der Anstreicher, sondern der Herausforderer.“ („Hannoversche Allgemene.“) „Der Bonner Rundschau.“) „Aber spricht der Staatsminister. Und der spielt er immer ganz andere Leute, die nicht Niedertrapper.“ Und wie kam Schröder weg? „Linde nach verkrüppelt auf der Jagd zu unterhalten. Kamdatsch vor dem Deutschen Bundestag. Das ist wirklich nicht sein Forum.“ („Die Welt.“) Welche Passagen kamen über das Duell im Bundestag, wie es dazu kam, wie Schröder die Schlacht verlor. Seite 2.

Respekt für diesen Kanzler! So urteilen die Kollegen

„Weltklasse für Deutschland“ - ein sehr hoher Anspruch. Doch mit weniger ist die CDU nicht zufrieden: Deutschland vereint. Der Osten läuft auf ein Euro, stark wie die Mark. Keine Anker in der Welt, jetzt steht das europäische Zeitalter bevor. Deutschland



Bundeskanzler Kohl im Gast bei den Clinton

fast dabei die Verantwortung für den Witz in nur acht Jahren. Große Europa hat hohe Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Januar 1999. Erwarten, die nur ein Politiker in Deutschland erfüllen kann: Respekt für diesen Kanzler. Lesen Sie hier, wie die Mitbürger der Welt urteilen:



Bill Clinton

„Kohl ist loyal, und ist ein Mann, der Welt ohne hält.“ J. Clinton

„Ein politischer Führer von Weltweite. An Kohl gefallt mich, daß er immer wohlwollend, aufgeschossen, korrekt und auf deutsche Art und Weise gründlich und organisiert ist.“

„Bolschei.“

„Ich geht gerade auf das Ziel zu. Er erkennt dem wahren Namen der Dinge wiederholt von fünf Sekunden.“

„Wolfgang Schäuble, Außenminister Österreichs. Kohl ist ein starker, principienhafter Führer, der die Reaktionen der Vereinigten Staaten von Amerika erreichen hat.“

„George Bush, US-Präsident.“

„Unigen: Es können die Bundeskanzler Kohl im im Urteil nicht sein, als ein Mann und sein selbst ein Mann sein. Am 18. September, ab 12 Uhr. Seite 2. www.1809.com.de

Ein Prost mit Elbe-Wein für den starken Mann am Rhein

„...durchwählter Erbkreis meiner Regentenschaft als deutsche Weinkönig war ein Trüben mit Helmut Kohl. Ein sehr interessanter Mann.“ Das kirchliche Lob kommt von Hans Hofmann (26. Erbe) aus Dresden, und die Schlindert der Rechtssozialisten heißt ihr Glas mit Elbe-Wein für ihren Schicksal auf unseren Weltklasse-Kanzler.



Autsch! Das tut weh Was Rot-Grün den Bürgern zumuten will

Steuern raus. Strohen raus aus der NATO, kein zu Ehrenzeichen. Rot-Grün wehe Deutschland. Populismusweh. Dreibehn. Drogen freigegeben. Ausweicht entschärft. Lebensversicherung. Transparenz aus Abschleppern. An der Horne kommen. „Lafontaine Schröder. Die drei, Friedrich Müller. Die drei, Was kommt denn da zusammen?“

NEWS +++ NEWS

Lexus-Schröder

4.000 Mark zumeist Schröder unter der Hand einem Händler am Rande einer Wohnveranstaltung für die Köken veranlassete Idee-Zugaben. Pech. Die Zigarren waren gefälscht. Über dem Protest von Elthauck Dorra wand er, dem ganzen Schicksal in dem Müll.

Der Kanzler und die Titanic

Kurt Bredenkopf: „Wäre Schröder die Titanic, hätte das Schiff den Hafen verlassen, weil man sich über das Ziel nicht hätte einig werden können. Wäre Helmut Kohl die Titanic gewesen, dann wäre es nicht untergegangen.“ Lehlar Spätle: „Kohl muß die wichtige Regierung führen, weil ich mich in Korrosionellen lieber auf einen ein-Entwickeln mit Scherger-Dejar verlassse, als auf treiche Aufträge, die nicht wissen, wo es hingeh.“

Frans-Power

„Vor allem bei den Fragen wird sich die CDU weigern: 22 Kandidaten unter 38 Jahren trennen die CDU zur Wahl an. Junge Fragen haben gut.“

Kohl ist Kohl

„Dennis Eickelmann-Mauz wird zum Hit im Wahlkampf.“ Jetzt gibt es einen Kohl, auch als „Wolke“ bezeichnet. Infos per CDK.

Wohnungs-Boom

Seit 1990 hat der Bund den Ländern allein für den sozialen Wohnungsbau 25 Milliarden in Höhe von 25 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Pläne 870.000 zusätzliche Sozialwohnungen werden so geschaffen.

„Würden Sie ein gebrochene Auto von Schröder kaufen?“

Diese Frage stellt die weltweite argentinische Wirtschaftszentrum. Die EZC nur auf ihrem 12. August, 20 Jahre vor Schröder. Es macht hochreguliert. Wirtschaft, es macht hochreguliert. „Er hat es gewollt nicht recht werden in. Junge Fragen haben gut.“

Meister-BAG

Ende 1997 erhielten gut 62.000 Antragssteller Aufbaubestimmungen in diesem Jahr der 100.000sten Meister-BAG bekommen. Das bedeutet jährlich etwa 10.000 Meister-BAG und 60.000 Arbeitsplätze zusätzlich.

Zeitungsflugblatt: Als ideales Verteilmittel eignet sich für Ihre Canvassing-Stärke im Schlusspursch des Wahlkampfes das vierseitige Zeitungsflugblatt W.I.R.. In Millionenaufgabe gedruckt, ist es inzwischen an alle Kreisverbände gegangen, die bestellt haben. Solange der Vorrat reicht, können auch Sie noch Exemplare zum Preis von 70 DM je Tausend bestellt. MwSt. in der CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen. Faxnummer: (02 28) 454-372

7 gute Gründe, die für die CDU sprechen

sicher in die Welt von morgen

CDU

- 7 gute Gründe, die für die CDU sprechen

Bestell-Nr.: 2362
 Verpackungseinheit:
 100 Expl., Preis je
 100 Expl.: 20,00 DM

Das ist nur mit der CDU zu haben

Argumente zur Bundestagswahl 1998

sicher in die Welt von morgen

CDU

- Das ist nur mit der CDU zu haben

Bestell-Nr.: 2441
 Verpackungseinheit:
 100 Expl., Preis je
 100 Expl.: 20,00 DM

Damit das Land nicht rot wird.

sicher in die Welt von morgen

CDU

- Damit das Land nicht rot wird

Bestell-Nr.: 2465
 Verpackungseinheit:
 100 Expl., Preis je
 100 Expl.: 20,00 DM

Infos für Erstwähler
 Bundestagswahl
 27. September 1998

Entscheiden Sie mit.

Bestell-Nr.: 5457 Verpackungseinheit:
 100 Expl., Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

Die Werbemittel auf dieser und auf der nächsten Seite sind in ausreichenden Mengen in unserem Versandzentrum vorhanden und können auch noch **kurzfristig** geliefert werden.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
 Postfach 14 65
 59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10
 E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Wählen gehen!

**Sicherheit
statt Risiko**

Für Deutschland
beide Stimmen

☒ ☒ **CDU**

© 1998 Union Betriebs GmbH

Wählen gehen!

**Sicherheit
statt Risiko**

Für Deutschland
beide Stimmen

☒ ☒ **CDU**

● **Türanhänger:** Dieses Schlußwerbmittel wurde allen Kreisverbänden im Rahmen der kostenlosen Grundausstattungen zugesandt. Zusätzliche Exemplare können Sie auch über unser Versandzentrum beziehen: Bestell-Nr.: **1508**, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je 500 Expl.: 25,00 DM

UiD

30/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.